

# Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg: Wählt DIE LINKE, aber organisiert den Kampf!

*Peter Böttcher/Tobi Hansen, Neue Internationale 239, Juli/August 2019*

Bolsonaro, Trump, Duterte, Modi, Salvini, Orbán – sie alle stehen für einen weltweiten tiefgreifenden Rechtsruck und den Vormarsch

reaktionärer, rechts-populistischer Kräfte. Die Ergebnisse der Landtagswahlen

am 1. September in Sachsen und Brandenburg und am 27. Oktober in Thüringen

drohen – trotz einer Zunahme von fortschrittlichen Bewegungen wie Fridays for

Future oder der Popularität der Kampagne „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ - ,

auch hierzulande einen weiteren Erfolg für die Rechten zu bringen.

## Rechtsruck droht

Gerade im Osten profitiert nach wie vor und vor allem die AfD von der Dauerkrise der Bundesregierung und schiebt diese eben weiter nach

rechts. Das brachten just die Kommunalwahlen in Sachsen, Brandenburg und

Mecklenburg-Vorpommern sowie die EU-Wahlen in den östlichen Bundesländern zum

Ausdruck.

Sollte die AfD es schaffen, bis zu den Landtagswahlen weiter an Zuspruch zu gewinnen, dann wäre selbst eine derzeit noch unwahrscheinliche Koalition zwischen ihr und der CDU nicht gänzlich auszuschließen.

Eines dürfte bereits vor den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen feststehen: Die bestehenden Koalitionen bekommen keine Mehrheit und werden abgewählt. In beiden Bundesländern kann die AfD bei über 20 % landen, könnte sie zur stärksten Kraft werden. Bei Union und SPD wird es ausschließlich um die Höhe der Verluste gehen und in welchen Konstellationen sie noch regierungsfähig sind. Auch der Linkspartei drohen Stimmenverluste, wenn auch nicht so dramatische wie der SPD in Brandenburg oder der CDU in Sachsen.

Die Wahlen werden auch in einer weiteren Hinsicht den Bundestrend der letzten Jahre bestätigen: Die Grünen legen deutlich zu und werden wahrscheinlich in beiden Bundesländern zweistellige Ergebnisse erzielen. Erfreulich könnte nur sein, dass es die FDP eventuell nicht über die 5-Prozent-Hürde schafft.

Unabhängig davon, welche Parteien nach den Wahlen gemeinsam die Regierung bilden werden, steht schon jetzt fest: Die AfD

wird gestärkt und  
wird die CDU wie die anderen Parteien weiter „treiben“. Schon  
jetzt haben die  
etablierten Parteien auf den Rechtsruck mit einer Anpassung  
ihrer Rhetorik und  
Politik an die AfD reagiert. In vielen Bundesländern wurden  
autoritäre  
Polizeigesetze verabschiedet, die Asylgesetze verschärft,  
Abschiebungen massiv  
ausgeweitet. Forderungen nach einer Obergrenze für Geflüchtete  
wurden sogar aus  
der Linkspartei laut.

## **Erosion des Parteiensystems**

Die Verluste für die Regierungsparteien kommen dabei sicher  
nicht unverdient. CDU, SPD und Linkspartei haben in den  
Landesregierungen den  
miserablen Status quo verteidigt und sind beim Verfall ganzer  
Regionen untätig  
geblieben. Regieren tun sie als „Verwalterinnen“ des  
weitgehend  
deindustrialisierten Ostens, dessen Bevölkerung weiter  
abwandert. Bis heute  
gibt es hier längere Arbeitszeiten bei geringeren Gehältern  
und Renten als im  
Westen. Gerade die ländlichen Regionen leiden nicht nur unter  
Abwanderung,  
sondern sind auch in der Entwicklung der Infrastruktur  
abgehängt. Die  
selektiven Ansiedlungen von industrieller Produktion und  
Logistik stellen eher  
kommerzielle Inseln in einer benachteiligten Region dar als in  
„blühenden

Landschaften“.

Gerade in den ostdeutschen Parlamenten wird die „Spaltung“ des aktuellen Parteiensystems besonders deutlich. Speziell der Niedergang der Union als konservative „Volkspartei“ legt hier die Grundlage für den Aufstieg der AfD. Auch wenn die CDU/CSU bundesweit noch immer die wichtigste politische Kraft des deutschen BürgerInnentums darstellt, so ist ihre Fähigkeit, verschiedene Einzelinteressen des Kapitals mit jenen des KleinbürgerInnentums und lohnabhängiger Mittelschichten bis hinein in christlich-geprägte ArbeiterInnenmilieus zu vermitteln, mehr und mehr unterhöhlt. Es ist kein Zufall, dass dieser Prozess gerade im Osten stärker ausgeprägt ist, weil es dort eine schwächere KapitalistInnenklasse gibt und die kleinbürgerlichen und Mittelschichten ein weniger stabiles Milieu darstellen, das weniger Vertrauen in „ihren“ Staat und „ihre“ Parteien entwickeln konnte als im Westen. Daher verfängt der Rechtspopulismus der AfD umso mehr. Er nährt sich zusätzlich aus der Enttäuschung und Frustration von politisch rückständigeren ArbeiterInnenschichten über die Politik von SPD und Linkspartei, für die die Grünen weniger als Alternative erscheinen als im Westen.

## Und die ArbeiterInnenbewegung?

Schon bei den letzten Wahlen hatte die SPD in Sachsen ein „historisches“ Problem, über 20 % der Stimmen zu erhalten. Dies wird mittlerweile auch für die Linkspartei fast unmöglich. Alle ihre Regierungsbeteiligungen haben eben nicht die Lebensbedingungen der Menschen verbessert. Weder Hartz IV noch Armutsrenten noch 1-Euro-Jobs wurden durch diese abgeschafft, allenfalls etwas milder ausgestaltet. De facto hat sie versucht, etwas sozialere Politik zu betreiben wie aktuell in Thüringen mit mehr Stellen im öffentlichen Dienst. Nur bleibt dies weiterhin meilenweit dahinter zurück, was sich die ostdeutsche ArbeiterInnenklasse versprochen hat. Sie wird so zum Opfer ihrer eigenen Illusionen in die „Spielräume“ parlamentarischer Politik. Noch so „geschickte“ koalitionäre Winkelzüge können keine grundsätzlichen Veränderungen herbeiführen. Vielmehr führt ihre „Realpolitik“ von einem faulen Kompromiss mit dem Kapital, von einem Zugeständnis an InvestoreInnen oder die Kohlelobby in der Lausitz zum nächsten. Der lahme Parlamentarismus der Linkspartei, von der SPD ganz zu schweigen, stellt nur die Folge ihres Stillhaltens im Klassenkampf dar.

Der Rechtsruck, dem sie jetzt zum Opfer zu fallen drohen,

wurde von ihrer Politik maßgeblich mit verursacht. So ist der Vormarsch der AfD nicht zu stoppen – und erst recht nicht durch eine Anbiederung an die CDU oder ein „Bündnis aller DemokratInnen“ gegen sie. Mittel- und langfristig wird das nur den Nimbus des Rechtspopulismus, einzige Partei zu sein, die gegen eine abgehobene Elite das „einfache Volk“ vertritt, stärken. Abmachungen mit der CDU bei Wahlen oder gar die „Duldung“ einer CDU-geführten Regierung (von einer Koalition ganz zu schweigen) werden letztlich die AfD nur stärken – und mit ihr noch rechttere Kräfte.

Neben ihr existieren schon heute die Spaltprodukte Blaue Partei von Petry und der ADP (Aufbruch deutscher Patrioten) von Poggenburg. Gerade in Thüringen und Sachsen ist die NPD noch regional stark verankert und auch Der III. Weg und die Identitäre Bewegung (IB) sind in der und um die AfD aktiv. Hier baut sich die nationalistische Szene massiv auf.

Für die ArbeiterInnenbewegung und „Linke“ stellt sich daher im Osten die Aufgabe, sich dem entgegenzustellen, sich eben nicht auf den Staat zu verlassen, sondern selbstständig tätig zu werden. Das bedeutet auch, dass an SPD und Linkspartei (wie auch an die Gewerkschaften) die Forderung gestellt werden muss, unabhängig von allen bürgerlichen Parteien politisch zu mobilisieren und zu agieren und keine weiteren Koalitionen mit

der CDU  
einzugehen wie auch nicht mit den Grünen, die sich anschicken,  
eine neue  
Führungskraft des „aufgeklärten“ BürgerInnentums zu werden.

## **Wählt Linkspartei, aber organisiert den Kampf!**

Niemand sollte angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre  
Illusionen in die Politik und Strategie von SPD und  
Linkspartei hegen. Beide  
stützen sich zwar sozial über organische Bindungen (seien es  
die  
Gewerkschaften, Vorfeldorganisationen wie die  
Volkssolidarität) und historische  
Traditionen auf die organisierte ArbeiterInnenklasse. Gerade  
bei der SPD  
erodierten diese, nicht nur im Osten, jedoch gewaltig.

Proletarisch ist an der bürgerlichen ArbeiterInnenpartei DIE  
LINKE also letztlich wie bei der SPD nur ihre soziale Basis,  
ihre Politik trägt  
einen offen bürgerlichen Klassencharakter. Aber trotz ihrer  
Schwächung  
repräsentiert sie nach wie vor in Sachsen, Thüringen und  
Brandenburg einen  
bedeutenden Teil der ArbeiterInnenklasse und der Jugend. Diese  
Mitglieder,  
GewerkschafterInnen und WählerInnen sind unerlässlich, wenn es  
gegen den  
Rechtsruck, gegen Angriffe von Bundes- und Landesregierung  
Widerstand und um  
erfolgreichen Kampf gehen soll.

Mit der Wahl der Linkspartei werden sie – besonders die politisch auch gegen die Große Koalition und die SPD-Politik auf Bundesebene eingestellten – ein Zeichen gegen AfD und CDU, aber auch die Scheinalternative der Grünen setzen wollen. Auch wenn wir die reformistischen Illusionen dieser WählerInnen nicht teilen, so sehr wohl ihr Ziel, ein Zeichen nicht nur gegen rechts, sondern gegen alle bürgerlichen Parteien inklusive der SPD zu setzen. In der Wahl der Linkspartei drückt sich, wenn auch verzerrt, das Bedürfnis aus, eine Stimme für die ArbeiterInnenklasse, für „links“ abzugeben.

Da es sich bei den Wahlen auch um eine politische Konfrontation zwischen dieser bürgerlichen ArbeiterInnenpartei und den offenen bürgerlichen Parteien handelt, kann für uns als KommunistInnen, die für eine Eigenkandidatur zu schwach sind, eine Wahlempfehlung nicht egal sein. Daher rufen wir zur kritischen Unterstützung der Partei DIE LINKE auf. Sie ist die einzige relevante ArbeiterInnenpartei, die auf die neoliberale Politik der GroKo und auf den Rassismus der AfD mit sozialen Forderungen antwortet und soziale Bewegungen auf der Straße unterstützt.

Sicher hat sie durch Regierungsbeteiligungen auf Landesebene schon oft bewiesen, dass sie auch keine Politik im Interesse der ArbeiterInnen macht. Solange sie jedoch in der Opposition bleibt, kann sie



unbequeme Fragen  
stellen, den Finger in die Wunde legen und die bürgerliche  
Politik der  
Regierenden als arbeitertInnenfeindlich entlarven. Sie kann  
aber auch Illusionen  
in ihre Politik regenerieren. Daher kombinieren wir die  
kritische Unterstützung  
der Linkspartei mit Forderungen, auf der Straße, in den  
Betrieben und  
Gewerkschaften und in den sozialen Bewegungen gemeinsam zu  
kämpfen!

## **Einheitsfront gegen rechts**

Tatsächliche, grundlegende Veränderungen des herrschenden  
Systems können durch Wahlen ohnehin nicht erreicht werden. Um  
den Rechtsruck zu  
stoppen und die neoliberale Politik der Abwälzung der  
Krisenlasten auf die  
Lohnabhängigen zu bekämpfen, braucht es eine breit  
aufgestellte, soziale und  
antirassistische Bewegung. Eine gemeinsame Aktionseinheit,  
bestehend aus den  
Organisationen der ArbeitertInnenklasse, also den linken  
Parteien, Gruppen und  
den Gewerkschaften, wäre imstande, dem Rechtsruck etwas  
entgegenzusetzen.

Um eine solche Bewegung aufzubauen, müssen wir bereits im  
Hier und Jetzt für die Schaffung einer antirassistischen,  
proletarischen  
Einheitsfront eintreten, entsprechende Bündnisstrukturen und  
Aktionskomitees

aufbauen und umgehend Aktionskonferenzen organisieren. Letztlich müssen wir den antirassistischen Kampf mit einer antikapitalistischen, sozialistischen Perspektive verknüpfen. Denn das kapitalistische System bietet Rassismus und Faschismus erst den Nährboden, auf dem diese gedeihen können. Die Demonstrationen von „#unteilbar“ in Sachsen – insbesondere die Großdemonstration am 24. August in Dresden – bieten eine Möglichkeit, diese Politik offensiv auf die Straße zu tragen.

---

## **Weltlage: Kapitalistische Globalisierung am Scheideweg**

*Jürgen Roth, Neue Internationale 239, Juli/August 2019*

Mit Marx und Engels gehen wir davon aus, dass die Überwindung des Kapitalismus kein automatischer Prozess ist z. B. infolge eines Zusammenbruchs in einer großen Krise. Der bewusste, organisierte Umsturz der Produktionsverhältnisse, insbesondere des Privateigentums an den großen Produktionsmitteln durch die Ausgebeuteten in einer sozialistischen Revolution bildet vielmehr deren

zwingend notwendige Voraussetzung. Wird die Krise des bürgerlichen Systems wegen der Schwäche der globalen proletarischen Bewegung und ihrer Führungskrise nicht auf revolutionäre Weise gelöst, sind lange Perioden konterrevolutionärer Angriffe und Rückschläge unvermeidlich. Die Geschichtsepoche der Bourgeoisie ist also weder eine ihres linearen Aufstiegs noch eines ununterbrochenen, mechanischen Niedergangs. Der grundlegende Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen mündet nicht in einen permanenten Niedergang der ersteren, sondern in ein immer heftigeres Eklatieren dieses Widerspruchs, der das Überleben der Menschheit zusehends ernsthafter in Gefahr bringt (Weltkrieg, ökologische Katastrophe).

## **Entwicklung ihrer Widersprüche**

Jede Periode bringt nicht nur verschiedene Modelle der Akkumulation und Organisation der Beziehung zwischen Kapital und Lohnarbeit hervor, sondern auch neue politische Konstellationen und internationale Kräfteverhältnisse. Die Niederlagen in den 1980er Jahren, der neoliberale Rollback und besonders der Zusammenbruch der stalinistischen Staaten ermöglichten dem globalen Kapital ein zeitweiliges Aufschieben der

Krise auf Kosten der Ausgebeuteten. Die neoliberale Globalisierung erwies sich jedoch zur Jahrtausendwende bereits als kurzlebiges, zu früh verkündetes „Ende der Geschichte“. Tequila-, Asien- und Argentinienkrise und der Widerstand der französischen ArbeiterInnenklasse legten davon beredt Zeugnis ab, v. a. aber blutige Regionalkonflikte in den Nachfolgestaaten der UdSSR, auf dem Balkan und besonders im Nahen und Mittleren Osten.

Zudem entwickelte sich China seit den frühen 2000er Jahren zu einem imperialistischen Herausforderer. Russland erholte sich von der Schocktherapie der 1990er Jahre und konnte sich gestützt auf seine Rohstoff- und Energiereserven sowie anhaltende militärische Stärke auf der imperialistischen Bühne behaupten.

Die Entwicklungsdynamik des globalen Kapitalismus verschob sich nach Asien (60 % der Weltbevölkerung, 26 % Anteil am weltweiten BIP; davon entfallen allein auf China 2017 15 %). Der Anteil der G7 am globalen BIP sank von 66,4 % im Jahr 2000 auf 46 % im Jahr 2017. Nach der Asienkrise 1997/1998 und Japans langer Wirtschaftsstagnation brach der Konflikt um Dominanz in dieser entscheidenden Region umso heftiger aus.

Lateinamerika

und Afrika standen am Rand dieses Globalisierungsbooms. Die Konzentration der USA auf politische Auseinandersetzungen in anderen Weltregionen und die schwindende wirtschaftliche Bedeutung seines ehemaligen Hinterhofs ermöglichte das Zustandekommen mehrerer „Linksregierungen“ gegen den Washington-Konsens (Venezuela, Brasilien, Bolivien, Ecuador).

Afrika ist fast

so reich an Bevölkerung wie China, jedoch auf 54 Staaten aufgeteilt. Weder Nigeria noch Südafrika, die ökonomisch bedeutendsten Länder des Kontinents, konnten eine dynamische Wirtschaftsentwicklung verzeichnen und als Lokomotive für diesen Erdteil fungieren. Afrika blieb am Rande der großen Kapitalflüsse während der Globalisierung und fiel aus dem Fokus der Weltpolitik.

## **Neuzusammensetzung der ArbeiterInnenklasse**

Die Globalisierung

und Entwicklung ihrer Produktivkräfte führte zu einer bedeutsamen

Neuzusammensetzung der internationalen ArbeiterInnenklasse. In den

imperialistischen Zentren sank der Anteil der FabrikarbeiterInnenschaft.

Dienstleistungen und Beschäftigung am oberen Ende der Wertschöpfungskette (SpezialistInnen, IT, Forschung, Marketing, Finanzindustrie) expandierten andererseits. Die unteren Einkommens- und Gesellschaftsschichten erwiesen sich als VerliererInnen der Entwicklung (Prekarisierung). Die Globalisierung führte in einigen Halbkolonien und sich entwickelnden imperialistischen Staaten (insbesondere China) zum Wachstum der LohnarbeiterInnenschaft, deren Reservearmee der informelle Sektor und die Dorfbevölkerung bildet (Wanderarbeit in China).

Die gesteigerte Nachfrage nach Arbeitskräften hat nach dem 2. Weltkrieg immer mehr Frauen in den gesellschaftlichen Arbeitsprozess hineingezogen und die klassischen Geschlechterverhältnisse erschüttert. Im Gefolge der neuen Qualität internationaler Kapitalflüsse während der Globalisierungsperiode kann es nicht überraschen, dass der bürgerliche Nationalstaat und dessen Institutionen vermehrt in eine Krise gestürzt wurden. Diese Phase hat zu beschleunigter Internationalisierung von Produktion und Handel und enormem Zuwachs an Migration auf allen Ebenen geführt.

Die Unterhöhlung „nationaler Identität“ stellt einerseits ein Versprechen für

eine zukünftige  
kosmopolitische Welt jenseits nationaler Borniertheit dar.  
Andererseits  
förderte sie Elemente reaktionärer Furcht und rassistischer  
Politik.

Die  
vorherrschende neoliberale Globalisierungsideologie lautet:  
„Es gibt keine  
Alternative!“ (TINA) Niederlagen und Wandel der  
ArbeiterInnenklasse in den  
1980er Jahren wirkten sich ideologisch auf die Linke aus und  
verleiteten viele  
zu einem „Abschied vom Proletariat“ und zur Kapitulation vor  
postmodernen  
Ideologien. Der Bedeutungsverlust der Gewerkschaften, die  
augenscheinliche  
Entstehung einer „neuen Mittelklasse“ bugsiierten die  
„westlichen“  
sozialdemokratischen Parteien noch weiter nach rechts (New  
Labour, Neue Mitte).  
Das Ende der Sowjetunion und des Ostblocks trieb viele linke  
Organisationen zur  
Aufgabe des „Modells Oktoberrevolution“ und jeglicher  
revolutionärer Ambition.  
Bestenfalls orientierten sie auf eine  
„Gesellschaftstransformation“, die sie  
mit Gramscis „Stellungskrieg“ rechtfertigten, d. h. einer  
langen Periode  
„radikaler Reformmaßnahmen“ und einer Erringung ideologischer  
„Hegemonie“.  
„Radikalere“ Linke entdeckten neue revolutionäre Subjekte in  
Bewegungen gegen  
Geschlechterunterdrückung, Rassismus, Umweltkrisen oder im  
Prekariat.

Folglich sind viele entstehende Protestbewegungen vom Postmodernismus (einschließlich einer Dosis von Reformismus und Populismus) geprägt. „Identitätspolitiken“ führten zu einer Zersplitterung der Bewegungen gegen unterschiedliche Unterdrückungsformen statt zur „Entdeckung“ eines gemeinsamen Nenners in den Klassengesellschaften. „Intersektionalität“ und die Bündnistaktik zwischen diversen autonomen Strömungen erwiesen sich als unfähig, diese zu vereinen. Dies bedeutet nicht, dass der Kampf gegen Formen rassistischer, nationaler oder Geschlechterunterdrückung eine Abweichung vom Klassenkampf darstellt. Diese Vorstellung ist vielmehr selbst eine ökonomistische Entstellung, die Klassenpolitik mit gewerkschaftlichen und ökonomischen Auseinandersetzungen gleichsetzt. Aber der Sieg der ArbeiterInnenklasse ist unmöglich, wenn sie nicht von einer revolutionären ArbeiterInnenpartei geführt wird, die auf jedes Aufbegehren gegen Tyrannei und Unterdrückung reagiert und dieses mit dem Kampf zum Sturz der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft verbindet. Als sich die Widersprüche der Globalisierung zur Krise verdichteten, war die Linke stark geschwächt und desorientiert.

**Die**



# Krisenperiode seit 2008

Der deutlichste Ausdruck der „Großen Rezession“ waren der Finanzcrash 2007-2008 und eine tiefe Rezession in deren Gefolge 2008-2009. Sie markiert einen historischen Wendepunkt, weil ihre krisenhaften Widersprüche kulminierten und gebieterisch neue Beziehungen zwischen Kapital und Lohnarbeit wie zwischen den bürgerlichen Klassen und ihren Nationalstaaten und Blöcken verlangen. Wir sind in eine Phase eingetreten, in der die bisherige Weltordnung erodiert und der Kampf um die Neuaufteilung der Welt immer offenere Form annimmt.

Dank des spezifischen Gewichts der US-Wirtschaft seit dem 2. Weltkrieg gehen die langfristigen Tendenzen der Kapitalakkumulation parallel zur Entwicklung der Profitrate in deren Industrie (ohne Finanzsektor), folgten ihr die „westlichen“ imperialistischen Zentren auf dem Fuß.

Schon mit dem Einsetzen von Überakkumulationserscheinungen (Asienkrise 1997/1998) entpuppten sich die deregulierten Finanzmärkte als Bumerang. Unterstützt durch Niedrigzinspolitik der Zentralbanken wurden angesichts schwindender Renditeaussichten

für Investitionen im Industriesektor solche in der Finanzsphäre getätigt – mit der Folge gewaltiger Aufblähung fiktiven Kapitals.

Der „schwarze“

18. September 2008 löste mit dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman

Brothers einen Dominoeffekt aus. Im Oktober 2008 drohte dem Kapitalismus „das

Geld auszugehen“. Mehrere Bankeninsolvenzen stoppten den Kredit zwischen ihnen.

Der Welthandel drohte stillzustehen. Die von den IdeologInnen des

Neoliberalismus geschmähten Staaten mussten einspringen – allein 2009 mit 20

Milliarden US-Dollar für die Sozialisierung eines Großteils der Verluste (34

Milliarden). Der Absturz der G7-Volkswirtschaften war fünfmal so schlimm wie der

nach der sog. „Ölkrise“ 1973/1974. Die Überakkumulationskrise, die 10 Jahre zuvor

am Horizont in Ostasien aufgetaucht war, setzte nun in konzentrierter und

weltweiter Form ein.

Die

Intensivierung der ökonomischen Krise war jedoch nur Ausdruck einer tieferen

allgemeinen Globalisierungsproblematik. Die Ausdehnung von Auslandsinvestitionen

betrifft nur einen Teil der Welt (siehe oben). Das Scheitern der USA in den

politische Krisenherden Afghanistan, Pakistan, Somalia, Balkan, Lateinamerika

und in den Golfkriegen verdeutlichte, dass sie nicht fähig,

war eine „neue Weltordnung“ als einzige verbliebene Supermacht durchzusetzen.

## **Niedergang der US-Vorherrschaft**

Langfristig hatte sich die ökonomische Vorherrschaft der USA seit Ende der 1960er Jahre zersetzt. Ihre scheinbar komfortable weltwirtschaftliche Position beruhte auf dem US-Dollar als fungierendes Weltgeld. Ihre zunehmenden Außenhandelsdefizite konnten durch Schulden in eigener Währung aufgefangen werden, untergruben aber ihre Hegemonie. In den 1970er und 1980er Jahren wuchsen Deutschland und Japan zu ernsthaften Konkurrenten heran, in den 1990ern China. Billige chinesische Importe und steigende Privatverschuldung in den USA bildeten das Tandem, das langfristiges Weltwirtschaftswachstum zu garantieren schien – und den Crash verschlimmerte und weltweit spürbar machte. Während der „Großen Krise“ von 2007-2009 entwickelte sich China mit seinen riesigen staatlichen Infrastrukturprogrammen und als Kreditgeber zum Hauptfaktor für die Erholung und zur Großmacht, die die USA global herauszufordern begann.

Gleichzeitig erholte sich Russland von der Schocktherapie der 1990er Jahre

und löste interne Konflikte auf autoritäre, blutige Weise (Tschetschenien). Im Georgien- wie im Ukraine Konflikt erwiesen sich seine Armee und von ihr unterstützte Milizen als machtvoller denn ihre pro-westlichen WidersacherInnen. Es begann, die Schwächen der US- und EU-Imperialismen auszunutzen, zumeist im Bündnis mit China, und kehrte auf die Bühne des großen politischen Weltgeschehens zurück, erschütterte den Traum der USA von einer neuen unipolaren Weltordnung (Krim, Syrien, Allianz mit dem Iran, aktive Rolle in Afrika, Unterstützung Venezuelas, Nicaraguas und Kubas).

Ökonomisch und politisch ist die Globalisierung gescheitert. Die Hegemonialposition der USA wird außer durch China und Russland auch durch die selbst in die Krise geratene EU bedroht. Die globalisierte Welt ist wiederum in verschiedene imperialistische Blöcke und deren Einflusssphären zerfallen wie vor dem 1. Weltkrieg.

## **Gesellschaftliche Folgen**

In den imperialistischen Ländern untergrub die neoliberale

Globalisierungsperiode die Sozialpartnerschaft. Konflikte um Renten, Gesundheits- und Bildungssystem und v. a. das der sozialen Sicherung nahmen explosives Ausmaß an. Trotz der Schwächung der Gewerkschaften intensivierten sich die Klassenkämpfe, nahmen in Verteidigung der Soziallohnbestandteile oft infolge der Schuldenkrise politische Formen an (Griechenland, Spanien, Portugal).

In den Halbkolonien gesellten sich zu dieser Art von Bewegungen solche gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums an die Multis (Wasser, Energie, Saatgutpatente) oder den Ruin einheimischer Subsistenzlandwirtschaft durch billige Agrarexporte (oftmals hoch subventioniert wie im Fall der EU). Die Finanzblase führte ab 2006 zur Spekulation an den Weltagrarmärkten und ab 2008 zu massiven Anstiegen der Lebensmittelpreise. Unzufriedenheit mit langjährigen autoritären Regimes und ungelösten sozialen Konflikten ließ die Hungerrevolten in Nordafrika in politische Revolutionen umschlagen (Arabischer Frühling). Dazu trug auch bei, dass die imperialistischen Länder ihre Umweltprobleme (Plastikmüll, Elektronikschrott, „Ausgleichsflächen“ für CO<sub>2</sub>-Emissionen) in die Halbkolonien exportierten (Umweltimperialismus).

Gegen die

Widersprüche der Globalisierung bildete sich zur Jahrtausendwende die Antiglobalisierungsbewegung. Hunderttausende gingen beim Ausbruch des 2. Krieges gegen den Irak auf die Straßen. Gipfelproteste und Sozialforen waren Schauplatz des Kampfes um Hegemonie innerhalb ihrer. Die Gewerkschaften und Linksparteien bildeten den reformistischen, diverse lateinamerikanische Regierungen den linkspopulistischen Pol. Doch auch antikapitalistische Umgruppierungen kämpften um Einfluss. Auf dem Höhepunkt der Krise 2007-2009 brach die Bewegung jedoch auseinander. Die Gewerkschaftsspitzen machten dem Kapital alle möglichen Zugeständnisse. Das lose gestrickte Antiglobalisierungsnetzwerk hatte dieser Kapitulation nichts entgegenzusetzen.

## **Rettungsmaßnahmen**

Der Schwäche des Widerstands setzten die imperialistischen Führungen Entschlossenheit bei der Überwindung der Krise ab 2009 entgegen. Eine international konzertierte Aktion aus Auslöse für marode Banken, staatlichen Konjunkturprogrammen und Wiederbelebung des Interbankencredits verhinderte das Abgleiten in eine Depression wie in den 1930er Jahren. Flankiert wurde dies durch einschneidende Niederlagen für die ArbeiterInnenbewegung:

a)  
Massenentlassungen in den USA und der EU mit sozialpartnerschaftlicher Begleitmusik z. B. in Deutschland.

b) Steigende Staatsverschuldung durch Sozialisierung der Schulden v. a. der Privatbanken ab 2010. Diese traf insbesondere die schwächeren Glieder in der imperialistischen Kette oder halbkoloniale Länder, so ab 2012 Südeuropa (Kapitalflucht, Spekulation gegen ihre Staatsanleihepapiere), was eine permanente Krise in der EU auslöste.

c) 2014/2015 markierte das Ende des Arabischen Frühlings. Die alten Eliten kamen wieder an die Macht, ein erneuter Aufstieg des reaktionären politischen Islam begann und führte oftmals zu Konfrontationen mit ersteren. 2015 setzte eine große Fluchtbewegung ein. Die „Occupy“-Bewegung in Südeuropa versandete. In Spanien bleibt als deren Frucht der Populismus von Podemos. Seine pseudodemokratischen Strukturen mit einem charismatischen, mediengeilen Führer jenseits aller politischen Klarheit erwiesen sich als Sackgasse. Das trifft auch auf die Hilflosigkeit der „radiaklen Linken“ gegenüber der Kapitulation der griechischen Syriza-geführten Regierung vor dem Ultimatum der Troika – sei es infolge opportunistischer

Anpassung oder passiven Abseitsstehens angesichts der Kämpfe in Syriza.

Die o. a.

Erfolge des globalen Kapitals bei seiner Krisenbewältigung läuteten allerdings

keinen neuen Aufschwung ein. Überakkumuliertes Kapital wurde durch

Staatsintervention einstweilen vor der Zerstörung bewahrt. Mit Ausnahme Chinas

wurden die imperialistischen Kernländer von 2010-2015 von allgemeiner

Stagnation, nicht ausgelasteten Kapazitäten, niedriger Profitabilität und

ausbleibenden Erweiterungsinvestitionen geprägt. In den USA sind nur die großen

Player der Hightech- und IT-Branche gewinnträchtig (Alphabets Google, Amazon,

Apple, Facebook, Netflix, Microsoft). Trumps Hauptaufgabe besteht darin in der

Zementierung ihres Technologievorsprungs gegenüber der aufkommenden

chinesischen Konkurrenz. Es handelt sich also um mehr als einen

Handelskonflikt, wie das Gezerre um Huawei und ZTE zeigt.

Die

Wirtschaftsstimulationsprogramme und die Politik des lockeren Geldes (QE)

nutzten nicht nur den IT-Granden, sondern auch den RohstofflieferantInnen

(Brasilien, Russland, Venezuela). Mit der Abkühlung des Chinabooms nach 2013

gerieten aber besonders Brasilien und Venezuela in die Krise. Deren politische



Krise folgte auf dem Fuß. Die „Linke“ befindet sich nach ihrem Versagen angesichts der „Großen Rezession“ also auch in Lateinamerika auf dem Rückzug.

Diese Niederlagen führten nach 2016 zu einem stetigeren, milden Aufschwung, wiederum mithilfe staatlicher Förderung (Trumps Steuerreform, Protektionismus, günstigere Investitionsbedingungen; Xi Jinpings Wirtschaftsreformen). Dieser erfasste alle OECD-Staaten 2016-2019.

## **Die nächste Krise kommt bestimmt**

Wann dieser Miniaufschwung beendet sein wird und wie tief und umfassend die nächste Talsohle sein wird, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die meisten AnalystInnen erwarten den Einbruch jedoch für 2020. Entscheidend für dessen Ausmaß werden folgende Faktoren sein:

### **a) Krise aufstrebender Märkte**

Kapitalrückfluss aus Ländern, die ab 2010 von Investitionen infolge QE

profitierten und im  
Vertrauen auf anhaltenden Kapitalimport hoch verschuldet sind,  
trifft sie  
ähnlich hart wie die ehemals vom Rohstoffboom profitierenden:  
Ägypten,  
Argentinien, Pakistan, Türkei.

## **b) EU-Krise**

Die EU bildet  
das schwächste Glied in der Kette der G7-Länder: die  
südeuropäische  
Schuldenkrise ist ungelöst, ebenso die Frage des Brexits. Die  
Spannungen  
zwischen Kerneuropa und den baltischen und Visegrad-Staaten  
eskalieren,  
Frankreich schwächelt als eine der beiden Top-Mächte in der  
Achse mit Berlin.

## **c) Zunehmender Nationalismus**

Die politischen  
Auswirkungen des „Make America great again!“ zerrütten das  
System der  
Nachkriegsinstitutionen (WTO, IWF, UNO, NATO, Weltbank...). Eine  
gemeinsame  
Intervention der Großmächte wird bei der nächsten Krise  
unwahrscheinlich  
werden. Dies wirkt sich nicht nur auf den kommenden  
Wirtschaftsabschwung aus,  
sondern verschärft auch die regionalen Konfliktherde (Nah- und  
Mittelost,

indischer Subkontinent, Ost- bzw. Südostasien) und die sozio-ökologische Krise.

## **d) „Handelskrieg“**

Stärkung der US-Industrie, Erpressungen zwecks Neuformulierung von Handelsabkommen (NAFTA) und aggressiver Protektionismus (Zollpolitik) bilden Elemente einer vielgestaltigen Aufkündigung des Tandems mit China einschließlich einer Aufforderung an andere G7-Mächte, es Trump gleichzutun (G5-Lizenzen unter Ausschluss von Huawei und ZTE).

## **e) Finanzmarktkrise**

QE und das Aufkommen neuer, noch größerer ZockerInnen (Vermögens- und Fondsverwaltungen wie BlackRock) haben erneut eine Pyramide fiktiven Kapitals in den Himmel schießen lassen. Waren es in der letzten Krise Privatimmobilien, so sind nun Konzernverschuldungen die Hauptzielscheibe für SpekulantInnen.

## **f) Profitrate**

Selbst oben

erwähnter Miniaufschwung belegt nicht eine Erholung der Profitraten im produktiven Gewerbe. Technische Neuerungen werden sich nur voll rentieren, wenn die nächste Krise massenhaft Anlagekapital zerstört.

Im Gegensatz zu

2008/2009 rechnen wir mit keinem konzertierten Vorgehen der G7 (Nationalismus, Krise der internationalen Institutionen), ausbleibender Wirtschaftsanschubelung durch Staaten und Zentralbanken (Staatsverschuldung, ausbleibende Effekte durch QE und Niedrigzinsen). Statt Übergang in Paralyse wie 2010 wird es wahrscheinlich zu einem Entscheidungskampf darüber kommen, welche imperialistischen Mächte die Hauptlast der Vernichtung ihres nationalen gesellschaftlichen Gesamtkapitals tragen müssen.

## **Konterrevolutionäre Phase**

Vor dem

Hintergrund der Niederlage der ArbeiterInnenbewegung und der demokratischen Revolutionen und Strömungen ist es nicht verwunderlich, dass Massen von Mittelschichtsangehörigen, KleinbürgerInnen und Teile der Lohnabhängigen sich populistischen Bewegungen zuwandten. Die bürgerliche

Demokratie erscheint für Millionen wie eine leere Hülle. Für RechtspopulistInnen ist es darum ein Leichtes, sie mit Demagogie gegen die „Elite“ in Bewegung zu bringen. Doch besteht letztlich ihr Ziel darin, Kleinbürgertum und Mittelschichten neben demoralisierten proletarischen Elementen als Fußtruppe für kapitalistische Interessen zu mobilisieren – im Extremfall als Brücke zur Bildung einer militanten, organisierten faschistischen Massenbewegung. Die kommende Krise wird diese Tendenzen verstärken. Diese große Gefahr für das Proletariat und alle Unterdrückten darf die Linke nicht verharmlosen, wie es große Teile bezüglich der Gelbwesten in Frankreich getan haben.

In verschiedenen Ländern sehen wir heute bereits eine Verstärkung bonapartistischer Tendenzen (Brasilien, Indien, Philippinen, Polen, Ungarn, USA). Liberale und v. a. linksbürgerliche Grüne, z. T. auch SozialdemokratInnen, präsentieren sich als respektable Gegenkraft unter Anrufung von Demokratie, Gerechtigkeit, der Kombination aus teilweise kontrolliertem Markt und reformierter bürgerlich-parlamentarischer Demokratie („Green New Deal“).

Dieser bedeutende Einfluss (klein-)bürgerlicher Ideologien und Programme weit über ihr

Stammklientel hinaus in die ArbeiterInnenklasse hinein ist  
Resultat der  
Niederlagen des Proletariats, der Krise seiner traditionellen  
Parteien und  
Organisationen sowie zu einem geringeren Teil des Versagens  
der „radikalen“  
Linken, dem Niedergang der Antikrisen- und  
Antiglobalisierungsbewegungen gerade  
mit Ausbruch der Großen Rezession. Dass ausgerechnet rechts-  
wie  
linkspopulistische sowie liberale und grüne Strömungen den  
Diskurs in Zeiten  
der Erosion des bürgerlichen Parteiensystems beherrschen  
können, verweist auf  
die Krise der ArbeiterInnenbewegung.

## **Krise der ArbeiterInnenbewegung**

Die  
Gewerkschaftsbürokratie und reformistischen, insbesondere  
sozialdemokratischen  
Massenparteien erwiesen sich als Verteidigerinnen der  
Globalisierung, die sie  
mit abgespeckten Forderungen nach Regulierung, moderaten  
sozialen  
Mindeststandards und einer keynesianischen  
„Umverteilungspolitik“ den  
LohnempfängerInnen wie dem „vernünftigen“ Flügel der  
herrschenden Klasse im  
Gegenzug für eine sozialpartnerschaftliche „Reform“politik  
anpreisen. Die  
Erfordernisse des Monopolkapitals sollen mit einigen sozialen  
und politischen

Zugeständnissen zur Rettung des „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ verknüpft werden. Diese Politik steht in diametralem Gegensatz zu den aktuellen geschichtlichen Trends! Sofern sie sich nach links entwickeln (Labour unter Corbyn in Großbritannien), stoßen sie schnell an ihre Grenzen, was zu Konflikten und Spaltungen führen kann und eine Möglichkeit für revolutionäre Intervention bietet. Ähnliches gilt für die brasilianische PT und die linkspopulistische venezolanische PSUV. Linkspopulismus ist ein gefährlicher Schritt zur offenen Unterordnung unter das BürgerInnentums. Wie weit das nach rechts gehen kann, beweist die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien.

Die linksreformistischen Parteien stehen vor vergleichbaren Grundsatzproblemen wie die Sozialdemokratie. Die europäischen Linksparteien (ELP) sind über die Frage Linksreformismus und -populismus gespalten, wobei letzterer eindeutig eine Rechtsentwicklung verkörpert im Bestreben, die organische Bindung zur ArbeiterInnenklasse zugunsten einer Orientierung auf „das Volk“ zu lockern. Ironischer Weise erfolgt diese Spaltung zu einer Zeit, wo die Vorzeigeprojekte Linksreformismus (PT) und Linkspopulismus (PSUV) in eine historische Krise geraten sind!

Proletarische

Führungskrise heißt auch, dass fortschrittliche Bewegungen, die Millionen gegen den Rechtsruck mobilisiert haben, oft von nichtproletarischen Kräften geführt werden, selbst wenn diese ernste Sorgen der Lohnabhängigen artikulieren. Dies trifft auf die feministischen, antirassistischen, ökologischen Strömungen wie auf die nationalen Befreiungsbewegungen zu. Die organisierte ArbeiterInnenbewegung vermag immer weniger eine führende Rolle zu spielen. Reformistische Parteien und Gewerkschaften kämpfen dort allenfalls um bürokratische Kontrolle. Statt unabhängiger proletarischer Klassenpolitik herrschen in den Bewegungen Ideologien wie (Post-)Feminismus, Queer-Theorie, Identitätspolitik oder Postmodernismus vor.

RevolutionärInnen

müssen deshalb nicht nur aktiv darin intervenieren, sondern auch eine proletarische Perspektive hineintragen. Letzteres ist unerlässlich. Jedes spontane Aufbegehren bleibt nämlich im Kapitalismus zuvorderst ein Reflex bürgerlichen Bewusstseins. Dies gilt auch für den proletarischen, ökonomischen, nur-gewerkschaftlichen Kampf. Der proletarische Klassenstandpunkt muss mittels einer revolutionären Organisation und Partei zuallererst in der Bewegung erkämpft werden.

Im Gegensatz zur



Jahrtausendwende, als in den Sozialforen eine spontane internationalistische Tendenz sichtbar wurde, herrscht heute in großen Teilen der „radikalen“ Linken eine Zurückweisung revolutionärer Klassenpolitik, eine Beschränkung der eigenen Politik auf den nationalen oder sogar lokalen Rahmen vor. Die unkritische Anpassung an Bewegungen wie die Gilets Jaunes, die Übernahme modischer antimarxistischer Ideologien (Postmodernismus, Dekonstruktivismus, Identitätspolitik, Postkolonialismus...) haben tiefe Spuren hinterlassen. Dies gilt auch für den Nachkriegstrotzkismus. So hat auf ihrem letzten Weltkongress die Vierte Internationale (früher: Vereinigtes Sekretariat) jeden Anspruch fallenlassen, eine internationale Strömung darzustellen, die eine leninistisch-trotzkistische Perspektive und Programmatik präsentiert. Auch MorenistInnen wie die LIT, das KAI (in Deutschland SAV) und die CliffistInnen befinden sich in einer Krise.

Für RevolutionärInnen bedeutet das angesichts dieser Todeskrise des degenerierten Nachkriegstrotzkismus: Brecht mit Eurer Tradition! Es führt kein Weg am Aufbau einer revolutionären Strömung mit einem klaren marxistischen Programm vorbei!  
Vorwärts zum Aufbau einer neuen, Fünften Internationale!

---

# Lesben- und Schwulenbefreiung – 50 Jahre Stonewall- Rebellion

*Dave Stockton, Neue Internationale 239, Juli/August 2019*

Um 1:30 Uhr am Morgen des 28. Juni 1969 stürmten Polizeikräfte der NYPD unter der Leitung des Vizeinspektors Seymour Pine das Stonewall Inn in der Christopher Street in Mannhattans Greenwich Village. „Wir übernehmen den Platz!“ Die PolizistInnen befahlen den KundInnen, sich in Reihen aufzustellen und ihre Personalausweise parat zu halten. Viele wurden verbal misshandelt, einige grob behandelt und verhaftet. Andere wurden aus der Bar geschleppt und die Bullen begannen, sie in Autos zu verfrachten.

Die Bar war ein beliebter Treffpunkt für das gesamte Spektrum der Homosexuellenszene, darunter Männer, Lesben, Trans-Personen und solche, die sich heute als queer oder nicht-binär identifizieren. Stonewall war ein Ort, an dem die Menschen tanzen, sich nach Belieben kleiden und küssen konnten, ohne verspottet, belästigt oder hinausgeschmissen zu werden, wie es

in „Hetero“-Bars  
der Fall war. Wie andere schwule Treffpunkte wurde sie jedoch  
wegen dieser  
damals rechtswidrigen Aktivitäten unter der Kontrolle der  
Mafia geführt, deren  
Mitglieder sowohl die Kundschaft ausnutzten wie auch  
beschützten. Dies und die  
Tatsache, dass SexarbeiterInnen dorthin „drängten“, lieferten  
der Polizei  
mehrere Vorwände, regelmäßig Razzien durchzuführen, aber auch  
Bestechungsgeld  
einzustreichen.

Doch am 28. Juni ändert sich die Situation. Als Gäste von der  
Polizei  
angegriffen und beleidigt wurden, begannen sie sich zu wehren  
– zum Erstaunen  
der PolizistInnen. Die Menge, die sich in der Christopher  
Street versammelt  
hatte, begann laut zu protestieren, zu spotten und dann die  
Polizei zu  
behindern. Der Auslöser war nach den meisten Berichten der  
heftige Widerstand  
einer Lesbe dagegen, in ein Polizeifahrzeug geschoben zu  
werden.

Bald flogen Gegenstände und „New Yorks Feinste“ – die Polizei  
– fand sich  
auf einmal zurückgedrängt und im Stonewall Inn belagert durch  
eine  
Menschenmenge, die zu Hunderten ihren Frust entlud. Die  
Auseinandersetzungen  
dauerten drei Nächte lang an, einige sagen, länger.

Nicht nur schwule Männer, sondern auch Lesben, Trans-Frauen und TransvestitInnen sowie obdachlose junge Menschen, die im Christopher Park lebten, traten bei den Unruhen an die Spitze. Zwei beteiligte Trans-Aktivistinnen, die Latina Sylvia Rivera und die schwarze Marsha P. Johnson, gründeten 1970 eine Organisation namens STAR, die Street Transvestite Action Revolutionaries (der Begriff „Transgender“ war damals nicht üblich).

## **Die Auswirkungen von Stonewall**

Auch 50 Jahre später steht Stonewall für all jene, die gegen Unterdrückung aufgrund ihrer Sexualität und Geschlechtsidentität kämpfen, die nicht den patriarchalen heterosexuellen Normen entsprechen. Wie der Internationale Frauentag (8. März) und die noch älteren ArbeiterInnenfeiern am 1. Mai ist der 28. Juni in vielen Ländern und zu vielen Zeiten zu einem Tag des Kampfes geworden trotz der Versuche, ihn durch Staat und sogar Polizei zu integrieren.

In vielen Städten der Welt wie in Istanbul werden Menschen, die versuchen, Pride Events zu organisieren, bis heute, mit brutaler, manchmal mörderischer Unterdrückung konfrontiert. Das ist ein guter Grund dafür, dass der Christopher

Street Day in Ländern, die heute demokratische Rechte für LGBTIA-Menschen zumindest formal garantieren, nicht an die Unternehmen oder die Liberalen, geschweige denn an die Polizei ausgeliefert werden sollte, nur um zu zeigen, „wie weit wir gekommen sind“. Das sind wir allein schon jenen schuldig, denen nach wie vor extreme Repression, Schläge und Mord, Illegalität, Gefängnis oder gar die Todesstrafe drohen, nur weil sie schwul, lesbisch oder trans sind.

Es ist also ein guter Zeitpunkt, sich daran zu erinnern, wie die von der Stonewall-Rebellion inspirierte „Homosexuellenbewegung“ weit über die respektable Lobbyarbeit und die „Homosexuellengesetzesreformkampagnen“ der vorhergehenden Jahrzehnte hinausging.

Die 1950er Jahre waren eine besonders schwere Zeit für alle LGBTIA-Menschen. Der Angriff auf Linke durch den McCarthyismus beinhaltete auch eine Hexenjagd, die als Lavendelschreck bekannt war. Guy George Gabrielson, der Vorsitzende des republikanischen Nationalkomitees, behauptete beispielsweise, dass „sexuell Perverse, die in den letzten Jahren unsere Regierung infiltriert haben, vielleicht so gefährlich wie die tatsächlichen KommunistInnen“ seien.

# „Die Unzucht“ in den USA

Menschen konnten entlassen werden, wenn ihre Sexualität oder Geschlechtsidentität von ihren „ArbeitgeberInnen“ entdeckt wurden. In den Schulen, in der Armee, in den Kirchen, im öffentlichen und politischen Leben, ganz zu schweigen von der Familie, war die Enthüllung meist verheerend. Und jene, die „enttarnt“ wurden, wurden oft misshandelt, auf die „Toilette“ gezwungen, von Angst und psychischer Bedrängnis heimgesucht.

Verschiedene Bundesstaatengesetze verboten das öffentliche Tanzen mit gleichgeschlechtlichen PartnerInnen und erzwangen das Tragen von mindestens drei Teilen „geschlechtsadäquater“ Kleidung. Die Polizei nutzte diese Gesetze, um diejenigen zu belästigen und einzuschüchtern, die sie überschritten, und überfiel regelmäßig Clubs, die von Schwulen, Lesben, Transgendern oder -vestitInnen besucht wurden.

Homosexualität wurde noch bis 1973 von der American Psychiatric Association als psychische Störung definiert. PsychiaterInnen sahen ihre Aufgabe darin, Schwule oft mit der schrecklichen Aversionstherapie zu „heilen“. Die Kirchen – und die USA waren und bleiben ein Land, in dem die Kirchen trotz der

verfassungsmäßigen Trennung vom Staat enormen Einfluss ausüben – , wiesen ebenfalls die „Unzucht“ als eine der abscheulichsten Sünden zurück.

So dachten viele LGBTIA-Menschen, dass, wie sie sich selbst fühlten, eine schändliche Perversion und/oder eine Todsünde sei. Viele junge Menschen wurden von ihren Familien verstoßen oder verließen ihr Zuhause für ein Leben auf der Straße. Viele begingen Selbstmord. Brutale Prügel („queer bashing“) und Morde waren nicht nur häufig, sondern wurden auch gerade von der Polizei nicht ernst genommen (ähnlich wie häusliche Gewalt).

## **Coming Out**

Stonewall inspirierte eine Reihe von öffentlichen Aktionen in den USA und darüber hinaus. Es fiel auf fruchtbaren Boden wegen der massiven Antikriegs-, der Black-Power- und Antirassismusbewegung und der Sit-ins und Teach-ins, die in den Jahren zuvor an Hochschulen abgehalten wurden. Die sexuelle Befreiung wurde zu einem großen, öffentlichen Thema. Obwohl vieles davon, wie FeministInnen betonten, auch sexistisch war, öffnete es den Weg für die Wiedergeburt der radikaleren Ideen der 1970er Jahre. In den USA führte

Stonewall zur Gründung der Gay Liberation Front (GLF) und zum Erscheinen der Zeitung „Come Out“.

Die GLF nahm rasch radikale Positionen ein, die ihre Solidarität mit der Black Panther Party und Kämpfen gegen den Vietnamkrieg zum Ausdruck brachten.

Und die „Panthers“, die damals mit mörderischer Unterdrückung durch den US-Bundesstaat konfrontiert waren, antworteten positiv.

Schwulenbefreiung bedeutete notwendigerweise Befreiung von Selbstunterdrückung, vom Leben auf Klosetts. Die von der GLF vorgeschlagenen

Mittel waren, dass immer mehr Schwule ihr „Coming out“ (Selbsterklärung)

vollziehen sollten, damit Homophobie herausgefordert und überwunden wird. Diese

Strategie beruhte auf dem Mut des Einzelnen – natürlich unterstützt von lokalen

Gruppen.

Carl Wittmans „Ein schwules Manifest“, das kurz vor Stonewall geschrieben,

aber erst im Januar 1970 veröffentlicht wurde, verurteilte den männlichen

Chauvinismus und die Familie als Unterdrückung sowohl für Frauen wie für

schwule Männer. Das Manifest erklärte, dass Frauen, die für ihre Befreiung

kämpfen, „unsere engsten Verbündeten sind“ und schlug die Notwendigkeit eines

lesbischen Caucus (Recht auf gesonderte Treffen nur für



Lesben) vor. In Bezug auf das Verhältnis der Bewegung zur ArbeiterInnenklasse war es vorsichtiger, aber nicht feindselig.

Tatsächlich war Wittman ein Linker, aber seine Vorsicht muss im Kontext einer Zeit betrachtet werden, in der ArbeiterInnenparteien reaktionäre Positionen zu Homosexualität und nicht-konformen Geschlechteridentitäten eingenommen hatten – und zwar nicht nur die sozialdemokratischen Parteien, sondern vor allem auch die stalinistischen Staaten, die Homosexualität unter Strafe stellten und als „westliche Perversion“ betrachteten.

## **Veränderung**

Die neuen militanten Bewegungen dehnten sich auf viele Länder aus und halfen, die Aufhebung einer Reihe von brutal repressiven und diskriminierenden Gesetzen zu erzwingen.

Sie waren radikal, verbanden die Kritik an der bürgerlichen Familie mit der an reaktionären Geschlechternormen und Idealen von Männlichkeit und Weiblichkeit. Sie versuchten bewusst, sich mit der zweiten Welle des Feminismus, der antirassistischen Bewegung zur Befreiung der Schwarzen und der

antiimperialistischen Opposition gegen imperialistische Kriege zu vereinen oder in sie zu integrieren.

In vielen Ländern konnten wichtige Verbesserungen und wenigstens rechtliche Gleichstellung durchgesetzt werden. Aber einige VeteranInnen der Bewegung haben die Gelegenheit des 50. Jahrestages genutzt, um die Aufmerksamkeit auf einige der Schattenseiten zu lenken.

Der langjährige Aktivist und Historiker Martin Duberman (Autor von „Stonewall“, Penguin Books, 1. Auflage, 1993) veröffentlichte 2018 das Buch: „Has the Gay Movement Failed?“.

Er kritisiert „die jüngste assimilatorische Agenda der Bewegung – Eherecht und Erlaubnis, offen in der Armee zu dienen...“ und stellt sie in Gegensatz zur „...- weitaus umfassenderen Agenda, die die Front der Homosexuellenbefreiung zu ihrer Gründerzeit unmittelbar nach den Stonewall-Aufständen nach diesen Unruhen charakterisiert hatte. GLF hatte zu einem harten, umfassenden Angriff auf sexuelle und geschlechtsspezifische Normen, auf imperialistische Kriege und kapitalistische Gier und auf die schändliche Misshandlung von rassistischen und ethnischen Minderheiten aufgerufen.“

Und es hat dazu geführt, dass die großen – ja utopischen – Perspektiven der GLF von 1970-1973 für reformistische und liberale Ziele aufgegeben wurden, die sich auf die Forderung nach Integration in die Gesellschaft und ihre Institutionen konzentrieren, die einst angeprangert wurden.

Dasselbe gilt natürlich für viele der radikalen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre. Eine erste revolutionäre und utopische Phase wich schließlich einem Prozess der Zersplitterung und Fragmentierung, der zu sehr reformistischen und bürgerlichen Zielen führt.

Wie der Feminismus der zweiten Welle konzentrierte sich die Befreiung der Homosexuellen stark auf die Bekämpfung der Auswirkungen der Unterdrückung für die Einzelnen. „Bewusstseinsbildung“, „Outen“, „Schaffen von Subkulturen“, „gemeinsame Lebensweisen“ usw. – obwohl notwendig und gerechtfertigt – wurden den sozialen und Klassenkämpfen dieser Zeit entgegengesetzt. In Großbritannien wurde dies vorübergehend und inspirierend durch die Unterstützung des Bergarbeiterstreiks durch Lesben und Schwule überwunden. Damit wurde ein echter Durchbruch für die britischen Gewerkschaften und ihre Mitglieder sowie für die Labour Party erzielt.

# Fazit

MarxistInnen sollten sich positiv und kritisch auf diese frühe Periode der Schwulen- und Frauenbefreiungsbewegung Anfang der 1970er Jahre beziehen.

Tatsächlich half diese Bewegung den MarxistInnen, den umfassenden radikalen Impuls eines Marxismus wieder zu entdecken, der von Sozialdemokratie und Stalinismus bürokratisch erstickt und mit einer im Kern kleinbürgerlichen Zukunftsvision mit „proletarischer“, heteronormativer Familie verkommen war.

Sie hätte jedoch auch an der Erkenntnis des Marxismus anknüpfen müssen, dass reaktionäre Geschlechterrollen sexuelle Unterdrückung auf einer patriarchalischen Familie beruhten, die Frauen stark auf Kindererziehung und Hausarbeit beschränkt. Es ist die Verteidigung dieser Arbeitsteilung, die auch für frühere Formen der Klassengesellschaft von wesentlicher Bedeutung ist, im Kapitalismus, die ideologische Kontrolle und im buchstäblichen Sinn Überwachung der binären Geschlechterrollen und die Verfolgung derjenigen, die sie überschreiten, erfordert.

Aber um dieses System auszumerzen, bedarf es der radikalen Beseitigung

kapitalistischer Ausbeutung und dann der Aufhebung der privaten Familieneinheit und ihres Haushalts. Die grundlegende Akteurin, die für eine solche Transformation notwendig ist, ist die ArbeiterInnenklasse – männliche und weibliche – Schwule und Hetero- sowie Menschen aller Geschlechtsidentitäten.

Natürlich spielen diejenigen, die die Last der Unterdrückung tragen, eine zentrale Rolle bei ihrer Bekämpfung. Aber sie können dies nicht allein oder isoliert tun. Sie brauchen die soziale Kraft der ArbeiterInnenklasse, der Mehrheit. Aber diese wiederum kann sich nur dann für diese Aufgabe wappnen, wenn sie sich als Verfechterin aller Menschen erweist, die unter diesen Unterdrückungen leiden.

---

## **Klimaproteste im Rheinland: Eine Massenbewegung formiert sich**

*Robert Teller, Neue Internationale 239, Juli/August 2019*

Der Klimastreik

am 21. Juni in Aachen war die bislang größte Demonstration von FridaysForFuture (FFF) in Deutschland. Mit 40.000 TeilnehmerInnen kamen doppelt so viele wie erwartet. Damit knüpft die Bewegung an die Aktionstage am 15. März und am 26. April an, an denen sich Hunderttausende beteiligten.

Mit vier Sonderzügen und vielen Bussen reisten AktivistInnen nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus den Nachbarländern an. Der Protest begann mit mehreren kleinen Zügen, die sich auf dem Weg zur Abschlusskundgebung zu einer großen Demonstration vereinigten. Diese zog weiter bis zum Tivoli-Stadion, wo die Hauptbühne für Kultur- und Redebeiträge aufgebaut war und wo auch der Großteil der angereisten DemonstrantInnen auf dem Protestcamp im Parkhaus übernachtete. Die allermeisten AktivistInnen waren SchülerInnen.

Viele beteiligten sich auch an den Protesten am Samstag am Tagebau Garzweiler II. Das Bündnis „Alle Dörfer bleiben“ organisierte einen Demonstrationzug, der von Hochneukirch aus an der Abbruchkante entlang bis zum Dorf Keyenberg führte, das vom herannahenden Tagebau bedroht ist. Zugleich drangen etwa 1.000 AktivistInnen von „Ende Gelände“ (EG) in den Tagebau ein, woraufhin der Kohleabbau teilweise eingestellt wurde. Die Kohlebahnen in den

Gruben Hambach  
und Garzweiler II wurden etwa 40 Stunden lang von  
AktivistInnen blockiert. Die  
Ende-Gelände-Aktionen gingen von einem eigenen Camp bei  
Viersen aus, an dem 6.500  
AktivistInnen teilnahmen.

## **Radikale AktivistInnen und grüne Hegemonie**

Sicher haben FFF  
und Ende Gelände insofern voneinander profitiert, dass viele  
AktivistInnen über  
mehrere Tage in der Region blieben und Aktionen beider  
Organisationen  
besuchten. Dennoch kann bezweifelt werden, dass die  
Separierung in „breite  
Großdemos“ und „radikale direkte Aktionen“ den gemeinsamen  
Zielen der Bewegung  
nutzt. Viele der subjektiv radikaleren und  
antikapitalistischeren AktivistInnen  
sind nur oder vorrangig bei EG gewesen, während die Masse an  
aktivistischen  
SchülerInnen davon getrennt protestierte. Das Eindringen in  
den Tagebau und die  
symbolische Stilllegung des Betriebsablaufs ist natürlich eine  
vollkommen  
legitime Aktionsform, die zudem mit verhältnismäßig geringer  
TeilnehmerInnenzahl  
eine große mediale Aufmerksamkeit erregt.

Ebenso wichtig  
wäre aber gewesen, auf den zahlenmäßig deutlich größeren FFF-

Aktionen einen antikapitalistischen Block zu bilden und die politische Hegemonie bürgerlicher Kräfte, vor allem der Grünen und der ihnen nahestehenden Organisationen wie BUND und NABU dort herauszufordern. Denn was die Klimabewegung am dringendsten benötigt, ist die Einsicht, dass der Kampf für Klimaschutz ein Kampf gegen die Interessen des Kapitals ist.

Antikapitalistische Sprechchöre waren zwar auch in Aachen zu hören, doch was die RednerInnenliste und die Gesamtwirkung angeht, war die Demonstration dort hauptsächlich eine Bühne für Konsumkritik und einen „Green New Deal“. Man könnte sagen: Ende Gelände lieferte an diesem Wochenende das Bildmaterial fürs Fernsehen – aber die politischen Botschaften lieferten die Grünen!

Ein antikapitalistischer Pol auf der Großdemonstration hätte natürlich auch dafür argumentieren können, dass sich beispielsweise die „Alle Dörfer bleiben“-Demonstration am Samstag am Ende einer Blockade anschließt oder das Eindringen in den Tagebau versucht – und damit die „direkten Aktionen“ auf eine qualitativ höhere Stufe hebt, sie zu Massenaktionen macht. Dies (oder auch nur das Eintreten dafür innerhalb der Klimabewegung) hätte wahrscheinlich den entschiedenen Widerstand



der Grünen und vieler Umwelt-NGOs hervorgerufen und einer größeren Zahl von AktivistInnen vor Augen geführt, dass diese Organisationen im Zweifelsfall an der Seite des Kohle-Kapitals stehen.

Der Polizeipräsident

Aachens drückt das Verhältnis von FFF und EG so aus: „Wir haben ein großes Interesse daran, dass sich die beiden Demonstrationen nicht vermischen.“ Die bei EG politisch dominante Interventionistische Linke (IL) geht der Auseinandersetzung mit Floskeln wie „Vielfalt ist Stärke“ einfach aus dem Weg. Anders dagegen der Grünen-Flügel bei FFF, der mit expliziten Flyerverboten auch in und um Aachen versucht hat, antikapitalistischen Kräften ihre Meinung zu verbieten).

Die entscheidende

Frage ist dabei nicht, ob „kleine, radikale“ oder „große, breite“ Proteste wirkungsvoller sind. In Wirklichkeit erweist sich schon die Entgegensetzung als problematisch. So stellt der von FFF für den 20. September vorgeschlagene globale Klimastreik zweifellos eine breite Massenaktion vor. Doch diese wäre, sollte es gelingen, Gewerkschaften und Massenparteien der ArbeiterInnenklasse dafür zu gewinnen, zugleich auch die radikalste, weil sie zumindest für einige Stunden das Zentrum der kapitalistischen Produktion in den Betrieben lahmlegen

würde.

Der Punkt ist, dass antikapitalistische KlimaaktivistInnen versuchen müssen, die Massen für ihre Positionen und solche Aktionsformen zu gewinnen. Die Zweiteilung in legalen Protest und „zivilen Ungehorsam“ überlässt bürgerlichen Kräften die WortführerInnenschaft der Massenbewegung. Darin artikuliert sich zwar auch der sich entwickelnde Konflikt zwischen dem antikapitalistischen und dem bürgerlichen Flügel – jedoch in einer bloß auf die Aktionsform, nicht auf die klassenpolitische Ausrichtung bezogenen Gegenüberstellung.

## **Stärken und Schwächen**

FFF vereint die Einsicht, dass sich sehr schnell sehr viel ändern muss, um die drohende Klimakatastrophe abzuwenden. Zu den Stärken der Bewegung gehört, dass die wöchentlichen Schulstreiks ein relativ radikaler Schritt sind, der die Diskussion über die globale Erwärmung erzwingt. Die völlige Unfähigkeit der bürgerlichen Politik, effektive Maßnahmen zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen zu beschließen, führt tagtäglich neue SchülerInnen zur Bewegung. Sie erkennt

außerdem, dass der Kampf international geführt werden muss, und tut genau dies mit international koordinierten Aktionen. Doch die Forderungen beschränken sich aktuell auf Appelle an die Politik, endlich die Warnungen der Wissenschaft „ernst zu nehmen“ und auf das 1,5-Grad-Ziel hinzuarbeiten. So wird von FFF Deutschland ein Kohleausstieg bis 2030 und ein CO<sub>2</sub>-Nettonull bis 2035 gefordert, was laut Klimamodellen der notwendige deutsche Beitrag für eine wirksame Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs sei. Wie und von welcher gesellschaftlichen Kraft das erreicht werden soll, bleibt aber weitgehend unklar und wird bewusst „der Politik“ überlassen.

Der Kampf gegen den Klimawandel wird nicht als einer um gesellschaftliche Interessen und deren Durchsetzung verstanden, sondern auf die Anerkennung wissenschaftlich erwiesener Notwendigkeiten reduziert. Die einzige „Sofortforderung“ ist daher auch die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer, um klimaschädlichen Produkten „einen Preis zu geben“.

Die eigentliche Frage ist aber: wer bezahlt diesen Preis? Bei dem von FFF und den Grünen diskutierten Konzept ist klar, dass die KonsumentInnen die als Verbrauchssteuer

konzipierte Abgabe bezahlen. Die VerursacherInnen – also die Konzerne im Energie- und Verkehrssektor der imperialistischen Nationen – bleiben außen vor, genauso die Beschäftigten in den CO<sub>2</sub>-intensiven Branchen, die zu gewinnen eine zentrale Aufgabe der Klimabewegung sein muss. Auch die ökologischen Aspekte der imperialistischen Ausbeutung, die Abwälzung der Lasten des Klimawandels auf die von den kapitalistischen Zentren beherrschten Länder Asiens, Afrikas, Ozeaniens oder Lateinamerikas bleiben oft außerhalb des Blickwinkels.

Die Umweltfrage wird letztlich nicht als Systemfrage begriffen, sondern als eine der Reform des Kapitalismus, wo – wie im „Green New Deal“ der Grünen – „Klimagerechtigkeit“ für alle geschaffen werden soll. Dass die Profitinteressen der herrschenden KapitalistInnenklasse ökologischer Nachhaltigkeit und der viel beschworenen „Klimagerechtigkeit“ direkt entgegenstehen und diese daher auch nur gegen sie durchgesetzt werden können, bleibt ausgeblendet.

Diese Beschränktheit des Forderungsprogramms und der vorherrschenden Ideologie von FFF steht in einem Gegensatz zu ihrem durchaus kämpferischen Anspruch.

# Globaler Klimastreik

Dies wird den  
Konflikt um die Ausrichtung innerhalb von FFF verschärfen,  
auch mit Hinblick  
auf den Aufruf zu einem weltweiten Klima-Generalstreik am 20.  
September. Dieser  
Aufruf stellt eine Verbindung her zu den Kämpfen der  
Lohnabhängigen,  
gleichzeitig unterstreicht er die Notwendigkeit einer  
internationalen Bewegung.  
Er macht aber auch die Frage dringender, mit welchen  
Forderungen und Methoden  
die Bewegung ihre Ziele erreichen kann. Als  
AntikapitalistInnen argumentieren  
wir innerhalb der Bewegung dafür, folgende Punkte auf die  
Tagesordnung zu  
setzen:

- Für die ökologischen Katastrophen ist die herrschende Klasse verantwortlich – daher soll sie für die Schäden aufkommen! Die großen CO<sub>2</sub>-EmittentInnen in Europa, China und den USA müssen für die weltweiten Schäden ihres Handelns zur Kasse gebeten werden! Massive Besteuerung der Unternehmensgewinne und privaten Großvermögen! Entschädigungslose Enteignung der Energie- und Transportindustrie unter ArbeiterInnenkontrolle!
- Für den schnellstmöglichen organisierten Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung und Einstieg in klimaneutrale Erzeugung im Rahmen eines Energieplans unter ArbeiterInnenkontrolle! Für einen solchen Plan auf europäischer und weltweiter Ebene, der Verkehr, Industrie, Haushalte, Strom- und Wärmeenergiegewinnung

integriert!

- Weg mit dem Emissionsrechtehandel! Den „blind“ wirkenden Marktmechanismen setzen wir das bewusste, planmäßige Eingreifen in die Produktion entgegen. Für die Förderung von Energie und Ressourcen sparenden Techniken, bezahlt vom Kapital!
  - Für ein globales Programm zur Wiederaufforstung von Wäldern, der Renaturierung von Mooren und zum Schutz des Bodens und der Meere als CO<sub>2</sub>-Senken! Entschädigungslose Enteignung von großen GrundbesitzerInnen, nachhaltige Bewirtschaftung unter Kontrolle der ArbeiterInnen und BäuerInnen!
  - Für Forschung nach neuen Energien wie Kernfusion und zur Lösung der Speicherproblematik der erneuerbaren Energien, zur Minimierung bzw. Beseitigung des Schadstoffproblems (Atommüll) unter ArbeiterInnenkontrolle und auf Kosten der Energiekonzerne!
  - Gegen die Spaltung von Umweltbewegung und Beschäftigten in umweltgefährdenden Betrieben! Umschulung und neue Arbeitsplätze zu gleichen Löhnen und Arbeitsbedingungen! Gegen prekäre Beschäftigung in der Branche erneuerbarer Energien: gleiche Bedingungen für alle Beschäftigten in Windkraft-, Solarbetrieben wie für jene in Bergbau, AKWs und bei den Stromkonzernen!
  - Aufbau eines klassenkämpferischen, internationalen Pols in Fridays for Future! Unterstützung des globalen Klimastreiks durch die Gewerkschaften! Für Betriebsversammlungen und politische Massenstreiks am 20. September!
-

# Frauenstreik in der Schweiz: Ein historischer Tag

*Susanne Kühn, Neue Internationale 239, Juli/August 2019*

Am 14. Juni

beteiligten sich rund eine halbe Million Menschen am Frauen\*streik. In allen größeren Städten, aber auch in politisch und gewerkschaftlich schlecht

organisierten Teilen des Landes traten Frauen, vor allem solche, die im

Care-Sektor arbeiten oder in Ausbildung stehen, in den Ausstand. An zahlreichen

Orten begannen die Streiks und Aktionen am Morgen und verbreiteten sich im

Laufe des Tages. Lt. Schweizer Gewerkschaftsbund nahmen bereits am Vormittag

des 14. Juni rund 100.000 am Streik teil.

Um 15:24 Uhr –

einem der zentralen Momente der Aktion – verließen im ganzen Land

Hunderttausende Frauen ihren Arbeitsplatz oder legten ihre „private“

Sorgearbeit nieder. In allen größeren und zahlreichen kleineren Städten

formierten sich Demonstrationen – die größte in Zürich, wo über 160.000

Menschen, in ihrer großen Mehrzahl Frauen, auf die Straße gingen – eine der

größten Kundgebungen in der Geschichte der Stadt! In Städten

wie Basel waren

40.000 Menschen, also mehr als 20 % der Bevölkerung auf der Straße.

Der

Frauen\*streik stellt schon allein aufgrund seiner Größe ein historisches

Ereignis dar. Die Schweizer Bevölkerung zählt rund 8,5 Millionen Menschen.

Somit beteiligten sich 17 % der EinwohnerInnen an der Aktion (was in

Deutschland rund 14 Millionen entsprechen würde)!

## **Wofür und von wem?**

Der

Frauen\*streik reihte sich bewusst in die Internationalen Frauenstreiks ein, an

denen sich auch 2019 Millionen beteiligten. Dass er in der Schweiz nicht am 8.

März, sondern am 14. Juni stattfand, erklärt sich aus der Geschichte des

Kampfes um Gleichberechtigung. 1991 fand ein erster, ebenfalls rund eine halbe

Million zählender Frauenstreik statt, der vom Schweizer Gewerkschaftsbund

organisiert und geführt wurde, um die konsequente Umsetzung des 1981

beschlossenen Gleichbehandlungsgesetzes zu fordern.

Viele der damals



aufgestellten Ziele nach Gleichbehandlung, gleichen Einkommen, Löhnen und Arbeitsbedingungen, gegen sexistische Belästigung und sexuelle Gewalt sind bis heute nicht erfüllt und finden sich auch in den Manifesten, Aufrufen und Forderungskatalogen zum Frauen\*streik 2019 wieder. Besonders betroffen davon sind mehrfach unterdrückte und entrechtete migrantische Frauen, die noch dazu ähnlich wie sexuell Unterdrückte eine bevorzugte Zielscheibe des Schweizer Rechtspopulismus, der „Schweizer Volkspartei“ (SVP) bilden. Der Kampftag stand daher nicht nur im Zeichen des Schulterschlusses mit der neuen globalen Frauenbewegung, sondern auch mit den migrantischen Frauen, deren unbeschränktes Bleiberecht, volle rechtliche und soziale Gleichstellung gefordert wurden.

Die Ursache für den historischen Erfolg des Frauen\*streiks ist vor allem darin zu finden, dass er von lohnabhängigen, proletarischen Frauen getragen und organisiert wurde. Die „Frauenfrage“ trat, wenn auch nicht voll bewusst, als Klassenfrage zutage und als eine, die untrennbar mit dem Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus verbunden ist.

Wie 1991 und anders als bei den letzten Frauenstreiks in Deutschland spielten die Gewerkschaften – vor allem im öffentlichen Dienst und im Gesundheitssektor (z. B. die

„Gewerkschaft im Service public“) – eine Schlüsselrolle für die Mobilisierung. Auch im industriellen und privatwirtschaftlichen Sektor vertretene Verbände wie Unia organisierten aktiv z. B. den Streik der Reinigungsfrauen bei A&M Duraes Reinigung + Hauswartung GmbH in Luzern.

## **Selbstorganisation**

Anders als 1991

wurde der Streik jedoch weniger von oben dirigiert. Vielmehr bildeten sich in zahlreichen Betrieben und Dienststellen seit Monaten Basisstrukturen, die den Kampf führten und organisierten. Diese wurden von Frauen getragen, bezogen aber auch Männer oder, wie z. B. in Kitas, Eltern als UnterstützerInnen ein.

Die wichtige

Rolle betrieblicher und gewerkschaftlicher Strukturen bedeutete jedoch keine Verengung auf rein ökonomische Themen. Die Forderungen nach gesellschaftlicher Einrichtung und Finanzierung von Kinderbetreuung, sozialen Leistungen ..., die ansonsten auf Frauen abgewälzt werden, bildeten einen über rein betriebliche Fragen hinausgehenden weiteren Schwerpunkt.

Einen dritten

stellte das Verlangen nach Schutz vor und Kampf gegen Sexismus, Gewalt gegen

Frauen und LGBTIA+-Menschen und für sexuelle Selbstbestimmung dar. Schließlich machen antirassistische und internationalistische Losungen einen vierten Hauptpunkt der Ziele des Frauen\*streiks aus. Einen Überblick über Forderungen, Manifeste und Argumente der Bewegung liefert die Seite des Frauen\*streiks unter: <https://www.14juni.ch/argumente/>

Lohnabhängige Frauen stellten zweifellos die Hauptkraft des Streiks, auf dessen Demonstrationen antikapitalistische, antipatriarchale und antirassistische Parolen stark vertreten waren.

Der historische Frauen\*streik verweist wie die internationalen Mobilisierungen zum 8. März in den letzten Jahren auf die Entstehung einer neuen proletarischen Frauenbewegung – mag diese heute auch noch von kleinbürgerlich-feministischen Ideologien, Formen der Identitätspolitik oder auch von reformistischen Apparaten der Gewerkschaftsbürokratie dominiert sein.

Für Hunderttausende, die sich am Kampftag beteiligten, und erst recht für die vielen AktivistInnen war schon vor dem Streik klar, dass dieser nicht das Ende, sondern nur ein erster Höhepunkt der Bewegung sein soll. In

diesen Tagen und  
den kommenden Wochen und Monaten sind Auswertungstreffen und  
Versammlungen  
geplant, die die Perspektiven, Aufgaben und nächsten Schritte  
der Bewegung  
diskutieren und festlegen sollen.

Das kann den Grundstein nicht nur zu einer starken  
Frauenbewegung der Schweiz legen, sondern auch einen  
mächtigen, weit über das Land hinausgehenden Impuls liefern.  
Gerade hinsichtlich der betrieblichen und gewerkschaftlichen  
Verankerung der Bewegung können wir in Deutschland viel von  
den AktivistInnen und GenossInnen lernen.

## **Verbindungen**

Vielerorts wurde der Streik mit anderen Themen – Kampf gegen  
Rassismus, Rechtspopulismus, internationale Solidarität –  
verbunden und auch die Systemfrage aufgeworfen. Dies verweist  
auf das Potential nicht nur des Frauen\*streiks, sondern auch  
auf die Rolle, die eine neue Frauenbewegung für die Erneuerung  
der ArbeiterInnenbewegung spielen kann. Zahlreiche  
Aktivistinnen gehören außerdem Strömungen der radikalen Linken  
oder dem linken Flügel der Gewerkschaften an, viele engagieren  
sich in antirassistischen Kämpfen oder in Bewegungen wie  
Fridays for Future.

Für diese stellt sich auch die Frage, wie und auf welcher  
programmatischen Grundlage eine politische Kraft, eine neue  
revolutionäre ArbeiterInnenpartei in der Schweiz und  
international aufgebaut werden kann. Die neue Frauenbefreiung  
kann so auch zu einem mächtigen Impuls für die

Revolutionierung der ArbeiterInnenbewegung werden, für die Verbindung des Kampfs gegen jede Form der Unterdrückung mit dem für eine sozialistische Revolution.

---

# **Aufstieg der Grünen: Eine bürgerliche Partei für alle Klassen?**

*Karl Kloß, Neue Internationale 239, Juli/August 2019*

Derzeit erleben die Grünen einen Höhenflug. Nach den neuesten Erhebungen vom 15. Juni 2019 kommen sie bei den Umfrageinstituten Emnid und Forsa auf jeweils 27 % und landen damit vor der Union. Es ist zwar nicht das erste Mal, dass die Grünen einen solchen Höhenflug hinlegen. Vor acht Jahren erzielten sie kurz nach dem GAU von Fukushima ähnliche Werte. Damals waren sie jedoch nur für eine kurze Zeit zweitstärkste Kraft hinter der Union.

## **Kurzer Abriss**

Dass die Grünen nun so gehyped werden, hat vier Hauptursachen: a) die vermeintliche Erfolgsformel, b) die

Realpolitik, c) die  
Krise im bürgerlichen Lager sowie d) die der SPD.

Nach der Gründung 1980 wurden die damals kleinbürgerlichen  
Grünen als schwarze Schafe des Parlamentarismus und sogar  
„systemgefährdend“  
wahrgenommen. Über Jahre wurde ihren Abgeordneten – anders als  
der Linkspartei  
– die Teilnahme an „sicherheitsrelevanten“ Ausschüssen (z. B.  
Verteidigung) verweigert.

Der Radikalismus dieser Zeit speist sich aus  
Massenmobilisierungen gegen Aufrüstung, Krieg,  
Umweltzerstörung bis hin zur  
Teilnahme an und Unterstützung einer aktivistischen, wenn auch  
politisch  
kleinbürgerlichen Bewegung. Zugleich ging die Entstehung und  
Gründung der Partei  
mit einer Absage an proletarische Klassenpolitik einher. In  
ihr waren von  
Beginn an linke öko-sozialistische, reformerische und Kräfte  
einer „Neuen  
Mitte“ vertreten wie auch rechte ÖkologistInnen. Die Grünen  
priesen sich als  
neue Kraft an, die weder „links“ noch „rechts“, sondern  
einfach nur vorn wäre.

Auf die Einzüge in Parlamente folgte bereits Mitte der  
1980er Jahre der Eintritt in die Landesregierung in Hessen,  
immer vorneweg der  
Realo Joschka Fischer.

Nach der Fusion mit der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung

„Bündnis 90“ und einigen Richtungskämpfen bildeten sie im Jahr 1998 mit SPD-„Automann“ Schröder erstmals eine Regierung auf Bundesebene. Die einstige „Friedenspartei“ stimmte dem ersten deutschen Kriegseinsatz nach Ende des Zweiten Weltkrieges und den Bombardements auf Belgrad 1999 im Rahmen einer NATO-Kriegsintervention zu.

Sie trug den größten Angriff auf die ArbeiterInnenklasse nach dem Ende der DDR mit, nämlich die Agenda-2010-Reformen und die Einführung der Hartz-Gesetze. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde für die deutsche Bourgeoisie ersichtlich, dass die Grünen durchaus dazu geeignet sind, die eigenen Interessen im Inneren wie nach außen durchzusetzen. Sie hatten ihre Bewährungsprobe als verlässliche bürgerliche Partei, als ökologisch aufgepeppte Liberale und verlässliche JuniorpartnerInnen der SPD, bestanden, wenn auch vorerst unter Verlust von WählerInnen und AnhängerInnen. Nach knapp zwei Legislaturperioden Schröder/Fischer waren auch sie dem Verwelken und nicht dem Aufblühen nahe.

## **Erfolgsformel „Green New Deal“**

Dass sie sich trotz dieser Enttäuschung und ursprünglich von ihren AnhängerInnen und Mitgliedern als „Tabubruch“

wahrgenommenen  
Regierungskoalitionen mit der CDU auf Länderebene (Baden-  
Württemberg, Hessen)  
halten konnten, ist erklärungsbedürftig. Der Erfolg und  
aktuelle Aufstieg der  
Grünen speist sich auch daraus, dass sie sich selbst in ihren  
„schwachen  
Jahren“ auf wachsende Teile der lohnabhängigen Mittelschichten  
stützen konnten,  
deren soziale Lage jener des KleinbürgerInnentums vergleichbar  
ist. Die  
Schichten reichen von Teilen des BildungsbürgerInnentums bis  
hin zu solchen der  
ArbeiterInnenaristokratie. Ähnlich wie die AnhängerInnen der  
AfD betrachten sie  
den zunehmenden Verlust „gesellschaftlichen Zusammenhalts“,  
das Ergebnis von  
verschärfter Konkurrenz und Neo-Liberalismus, mit Sorge.  
Anders als die  
RechtspopulistInnen wollen sie die Gesellschaft jedoch mittels  
eines neuen  
„Gesellschaftsvertrags“, eines „Green New Deal“ kitten. Die  
Reichen müssen nur  
etwas weniger gierig werden, ihre Profitinteressen  
längerfristig und staatlich  
„gezügelt“ verfolgen – und schon könnten die Armen besser  
„eingebunden“ werden.  
Die Mittelschichten könnten in einer solch gerechteren  
bürgerlichen Welt ohne  
die „übertriebenen“ kapitalistischen Exzesse des Großkapitals  
ruhiger leben.  
Gleichzeitig, so das Heilsversprechen der Grünen, ließe sich  
so auch der  
ökologische Umbau sozialverträglich, nachhaltig und profitabel  
gestalten. Diese  
vermeintliche Erfolgsformel der Grünen besteht darin,  
vordergründig Opposition



und das „ökologische Gewissen“ zu spielen, das darauf verweist, dass wir diesen einen Planeten haben, auf dem wir leben können, und an die Vernunft aller zu appellieren, doch bitte damit aufzuhören, die Umwelt zu zerstören und sich gegenseitig zu bekriegen.

## **Grüne Realpolitik**

Die grüne Realpolitik in insgesamt acht Landesregierungen erweist sich als wenig ruhmreich. Im ehemaligen CDU-Stammland Baden-Württemberg stellen die Grünen seit mittlerweile acht Jahren (!) den Ministerpräsidenten, Winfried Kretschmann. Dieser schaffte es durch mehr als fragwürdige Wendungen, über die Landesgrenzen hinaus, bundesweit Bekanntheit zu erlangen, sei es in Bezug auf die unendliche Dauerbaustelle Stuttgart 21 oder dadurch, dass er die reaktionäre Flüchtlingspolitik der Bundesregierung gegen seine eigenen ParteifreundInnen im Bundesrat durchboxte oder die deutsche bzw. schwäbische Autoindustrie hofiert und deren Betrugereien verharmloste. Wahrscheinlich kann man den baden-württembergischen Landesverband der Grünen als den rechtesten bezeichnen. Schließlich hat man neben Kretschmann auch den Rechtsaußenpolitiker und Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, in den eigenen Reihen. Durch

seine Social-Media-Präsenz und sein Law-and-Order-Gehabe schafft er es locker, Kretschmann rechts zu überholen. Ein Schelm, wer dabei an Horst Seehofer denkt. Auch in anderen Bundesländern waren sich die Grünen für so manche Sauerei nicht zu schade. So stimmten sie 2016 in Nordrhein-Westfalen der Rodung der restlichen 200 Hektar des Hambacher Forstes zu und ebneten damit RWE den Weg, weiter mit Braunkohle Gewinne einzufahren.

## **Krise im bürgerlichen Lager**

Wer nun also denkt, die Grünen seien eine ernstzunehmende „linke“ Alternative zu Union oder SPD, der/die sollte spätestens nach der Darstellung der grünen Realpolitik eines Besseren belehrt sein. Dass die Grünen momentan nicht nur als Regierungsoption, sondern auch mögliche KanzlerInnenpartei erscheinen, ist auch der gegenwärtigen Situation im bürgerlichen Lager geschuldet. War mit Entstehung der CDU/CSU die Rollenverteilung unter den offen bürgerlichen Parteien klar geregelt, so ist das heute nicht mehr unbedingt der Fall. Zwar vertritt die Union nach wie vor die Interessen des deutschen Großkapitals, aber sie mag immer weniger gegensätzliche Interessen in der herrschenden Klasse zu einem Gesamtinteresse zu verknüpfen und dabei auch noch das KleinbürgerInnentum und die Mittelschichten einzubinden.

Diese Gemengelage führte dazu, dass sich einige nicht unerhebliche Teile des KleinbürgerInnentums, aber auch der Bourgeoisie nach Alternativen umsehen. Diese beanspruchen für sich, kosmopolitisch, weltoffen, umweltbewusst und alternativ zu sein und wenden sich den Grünen zu. Diese präsentieren sich dabei nicht nur als LobbyistInnen der Mittelschichten, sondern offerieren mit dem „Green New Deal“ ein langfristiges Modell, das den „ökologischen“ Umbau des deutschen Imperialismus und seine langfristige Konkurrenzfähigkeit sichern soll. Dieser stellt zugleich auch eine „Vision“ von deutscher Führung in der EU dar, die in vielem der Linie Merkels ähnelt. Eine deutlich gestärkte grüne Partei könnte nach den nächsten, womöglich vorgezogenen, Bundestageswahlen als Koalitionspartnerin von CDU/CSU die „grüne Schrittmacherin“ für einen neuerlichen Anlauf zur Überwindung der Krise der EU spielen.

## **Krise der SPD als weitere Ursache**

Einer der wichtigsten Gründe, dass die Grünen im Moment so erfolgreich sind, hängt auch damit zusammen, dass sie vorgeben, eine klassenübergreifende „Volkspartei“ zu sein, und sich als „moderne“ Alternative zur SPD und auch zur Linkspartei anpreisen. Konnten wir schon herausarbeiten, dass die Grünen es teilweise geschafft haben, Mittelschichten

für sich zu gewinnen und auch für das Kapital attraktiver zu werden, so haben sie auch Einbrüche bei der SPD erzielt. Das betrifft vor allem jüngere Lohnabhängige und Frauen.

Zwar schnitten die Grünen bei den Europawahlen 2019 lt. [DGB](#) unter Gewerkschaftsmitgliedern unterdurchschnittlich ab, doch verdeckt dies, dass sie bei bestimmten Gruppen der Lohnabhängigen weit überdurchschnittlich punkteten. So erzielten sie 23,1 % der Stimmen aller gewerkschaftlich organisierten Frauen (und liegen damit vor allen anderen Parteien) und satte 23,9 % der jungen GewerkschafterInnen (also aller 18–29-Jährigen).

Dass aber ausgerechnet die Grünen vom Niedergang der SPD profitieren, liegt auch an der Unfähigkeit der Linkspartei, eine glaubwürdige Alternative anzubieten, an der Erosion von Klassenpolitik und dem Rechtsruck der Gewerkschaften. Die Grünen vermögen sich besser als Sozialdemokratie und Linkspartei als fortschrittliche Alternative zur AfD zu präsentieren. Zwar bieten sie für die dringendsten Probleme der Jugend ebenso wenig eine Lösung wie bei Klima- und Umweltschutz, weil dieser immer an die Grenzen der Profitinteressen stoßen wird. Im Gegensatz zu SPD und Linkspartei verfügen sie aber mit dem „Green New Deal“ über ein strategisches politisches Konzept, das die Interessen aller Klassen auszugleichen verspricht, zum Wohl von Demokratie,

Umwelt und Wettbewerbsfähigkeit.

## Perspektive

Zweifellos wird die Unterordnung der Grünen unter die Kapitalinteressen die Illusionen der Jugend, Mittelschichten und von breiteren Teilen der ArbeiterInnenklasse erschüttern, sobald die Partei in einer Bundesregierung Ernst machen muss. Schon jetzt zeigen z. B. die Ergebnisse der Kohlekommission, dass sie ihre Anliegen im Interesse der KraftwerksbetreiberInnen und Energiemonopole verschachert. Dort entpuppt sich der „Green New Deal“ als lohnendes Geschäftsmodell – aus Sicht der Energiekonzerne!

Für KommunistInnen ist es unerlässlich, die falschen Versprechen und die dahinter liegende bürgerliche Politik der Grünen offenzulegen. Um Jugendliche von Fridays for Future, um Millionen, die Illusionen in grüne Politik hegen, zu gewinnen, reicht es aber nicht, nur auf deren Selbstentlarvung und Kritik zu setzen.

Wir müssen auch organisiert und auf Grundlage klarer Forderungen versuchen, die Dominanz der Grünen über Massenbewegungen wie Fridays for Future zu brechen. Dem faulen „Green New Deal“ müssen wir eine

antikapitalistische Politik entgegensetzen. Uns geht es darum, dass die ArbeiterInnenklasse gemeinsam mit den NutzerInnen die Kontrolle über die Energiekonzerne demokratisch übernimmt, deren Geschäftsbücher offengelegt und die letztendlich entschädigungslos enteignet werden müssen. Außerdem müssen sich die ArbeiterInnen sowie die NutzerInnen mit ForscherInnen zusammen an einen Tisch setzen, um nach CO<sub>2</sub>-freien, nichtfossilen Energieträgern zu forschen. Darüber hinaus fordern wir auch den massiven Ausbau und die energische Förderung erneuerbarer Energien, welche aus den Profiten und den bisher geleisteten Entschädigungssummen für die Energiekonzerne finanziert werden sollen. Vor allem aber braucht es den Kampf um ein anderes Wirtschaftssystem, eine demokratische Planwirtschaft, die es ermöglicht, die Ökonomie im Interesse der Arbeitenden und ökologischer Nachhaltigkeit umzugestalten.

## **Nachsatz: DIE PARTEI macht bei den Grünen mit**

Bei der letzten Europawahl konnte diese Satiretruppe von Martin Sonneborn 2,4 % aller Stimmen für sich gewinnen und damit die Zahl ihrer Abgeordneten im EU-Parlament verdoppeln. Als Doppelspitze zogen somit Martin Sonneborn und Nico Semsrott, den manche aus der ZDF-

Satiresendung

„Heute-Show“ kennen, ins EU-Parlament ein.

Schon nach kürzester Zeit schloss sich Semsrott der Fraktion der Grünen (Greens/EFA) an, um eine Fraktion der RechtspopulistInnen zu verhindern (Fraktionsgröße im EU-Parlament hat man erst ab 75 Sitzen).

Satirisch wie eh und je verkaufte DIE PARTEI diesen taktischen Schachzug damit, dass Semsrott sich die Fraktion der Grünen „einverleibt“ hätte.

Sonneborn twitterte daraufhin, er würde weiterhin beim „Abschaum des Parlaments“, den fraktionslosen Abgeordneten, bleiben – sich allerdings am Ende der Fraktionsbildungsfrist der meistbietenden anschließen. Nun mag man das Ganze witzig finden. Dass sie sich trotz manch witziger Enthüllung über den Politbetrieb in Brüssel den Grünen anschließt, zeigt, dass einem/r trotz reichlich Satire das Lachen im Hals steckenbleibt.

---

**40.000 bei IG-Metall-  
Kundgebung in Berlin –**

# „Fair“handeln ist keine Lösung!

*Frederik Haber, Neue Internationale 239, Juli/August 2019*

Die großen Auto-Konzerne wie VW und Daimler, aber auch ZuliefererInnen haben klare Kampfansagen formuliert: Die Beschäftigten sollen die Kosten für E-Mobilität bezahlen. Zehntausende Arbeitsplätze sollen wegfallen und Werke geschlossen werden. Die bisher angekündigten Angriffe werden nicht die letzten sein. Maschinenbau und Stahl werden folgen. Dazu kommen die Digitalisierung und die nächste Krise. Auch damit wollen sie zehntausende Stellen vernichten.

Ob wir die E-Mobilität wollen, ob es sinnvoll ist, Verbrennungsmotoren durch Batterien zu ersetzen, das werden wir weder als Beschäftigte noch als VerbraucherInnen gefragt. Aber zahlen sollen wir! Die Digitalisierung hat den Zweck, menschliche Arbeit überflüssig zu machen. Grundsätzlich ist gegen höhere Produktivität nichts einzuwenden, aber im Kapitalismus bedeutet dies immer mehr Arbeitslosigkeit und Arbeitsverdichtung.



Die BetriebsratsfürstInnen und die IG Metall-Spitze reagieren bislang hilflos auf diese Kampfansagen. Sie schaffen es meist nicht mal deutlich und klar, die Sparprogramme abzulehnen und dagegen zu mobilisieren. Nur in Ausnahmefällen, z. B. bei Bosch, gab es Proteste. Mobilisierung ist gut, aber die Bosch-Betriebsräte haben unter anderem die Aufhebung der Fahrverbote gefordert. Kann es die Arbeitsplätze retten, wenn dafür die Städte verpestet werden und das Klima kippt?

## **Hofmann: Große Worte – hilflose Konzepte**

Auch die Kundgebung in Berlin wich vor den Problemen aus: Es scheint so, als ob Digitalisierung und E-Mobilität aus Naturgesetzen entspringen. Zugleich erkannte auch der Vorsitzende Hofmann, dass die sog. „ArbeitgeberInnen“ versuchen werden, die anstehenden Umstrukturierungen zur Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, zu Lohnkürzungen, zu Personalabbau und weiterer Flexibilisierung zu nutzen.

Seine Schlussfolgerung bleibt freilich weit hinter dem zurück, was notwendig ist, ja widerspricht geradezu seinen eigenen Warnungen. Die eben noch

als profitgierig  
denunzierten Unternehmen und „die Politik“ werden  
aufgefordert, „endlich zu  
handeln“ und zur guten alten Sozialpartnerschaft  
„zurückzukehren“. Dabei ist  
doch gerade das Schlimme, dass diese handeln! Sie haben sich  
für die „Lösung“  
entschieden, die ihnen weiter Profite sichern soll; die die  
Beschäftigten  
dreifach mit Arbeitsplatzabbau, Lohnsenkungen und  
Verlagerungen bezahlen  
sollen; die der Menschheit neue Umweltprobleme bescheren wird.  
Die  
KapitalistInnen haben ein Konzept, das sie mit aller Macht  
durchsetzen wollen –  
die IG Metall bittet um „Fairwandel“.

In den Betrieben  
werden die Sparprogramme von den Betriebsratsspitzen  
abgenickt, wenn nur  
keine/r direkt gekündigt wird. Beispiel Daimler: Wenn von den  
Angestellten  
keine/r rausfliegt und in der Produktion alles mit Leiharbeit  
geregelt wird,  
nennen sie das „sozialverträglich“. Nein, Leiharbeit bedeutet  
Lohndrückerei und  
Unsicherheit! Arbeitsplatzvernichtung ist nicht  
sozialverträglich!

Auf der  
Kundgebung am 29. Juni gab sich die IG Metall linker und  
„kämpferischer“ als in  
den letzten Jahren. Nicht nur Entschlossenheit bei der  
Durchsetzung der  
Interessen der Beschäftigten wurde beschworen, sondern die

RednerInnen und ModeratorInnen betonten auch immer wieder Antirassismus und ökologische Nachhaltigkeit. Wiederholt wurde dazu aufgerufen, der AfD keine Stimme zu geben, und der gewerkschaftsfeindliche Charakter der Partei betont. Ein Vertreter des NABU fungierte als Hauptredner. Der Schulterchluss mit der Umweltbewegung und mit Fridays for Future wurde zumindest verbal beschworen. Auf den globalen Klimastreik vom 20. September wurde mehrfach hingewiesen, wenn auch ohne irgendeine konkrete Aussage zur Mobilisierung der IG Metall selbst.

Kurz gesagt, die Gewerkschaftsführung blinkte links, ohne sich die Hände für zukünftige Rechtsabbieger am Verhandlungstisch zu binden.

## **Klare Forderungen für alle MetallerInnen!**

Dass 40.000 aus der ganzen Bundesrepublik kamen, zeigt, dass die IG Metall mobilisieren kann, wenn sie wirklich will. Viele Beschäftigte nutzten den Weg vom Hauptbahnhof, wo die Sonderzüge eintrafen, um wenigstens die kurze Strecke zum Brandenburger Tor als eine Art Demo mit Sprechchören, Transparenten und Fahnen zu gestalten. Die

IG-Metall-Jugend hatte eine kleine, aber lautstarke Zubringerdemo vom Alexanderplatz zur Kundgebung organisiert.

Wie die letzte Tarifrunde zeigte das, dass die Gewerkschaft durchaus kampfund mobilisierungsfähig ist. Es geht aber jetzt um ganz andere Dinge als den Tarifzug oder eine Kundgebung mit Reden, Bierzelten und Kulturprogramm. Gegen die Angriffe der Konzerne wird eine einzelne Demo in Berlin ohne klare Forderungen bei weitem nicht reichen.

- Was wir heute als IG Metall brauchen, ist ein Nein zu jedem Arbeitsplatzabbau!
- Auf Digitalisierung und Transformation gibt es nur eine Antwort: Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend der Arbeitseinsparung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Das heißt: Kampf für die 30-Stunden-Woche in Ost und West und gemeinsam in ganz Europa! Kein erneuter Ausverkauf des Kampfes um die 35-Stunden-Woche im Osten!
- Die LeiharbeiterInnen und Jugendlichen drohen als Erste zum Opfer der Angriffe zu werden. Keine Entlassung der LeiharbeiterInnen, Übernahme in gleiche, tariflich gesicherte Beschäftigung, unbefristete Übernahme der Azubis, kein Einstellungsstopp!

- Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über die Zukunft der Verkehrssysteme und der Energieversorgung, statt weiter den Ideen der Konzerne hinterher zu traben, welche sie immer auch mit der Regierung durchgesetzt haben. Geplante Ersetzung des Individualverkehrs durch massiven Aus- und Umbau des öffentlichen Verkehrs, kontrolliert von Gewerkschaften, Beschäftigten und NutzerInnen!
- Wir dürfen nicht nur immer den „eigenen“ Betrieb im Auge haben: Die Autoindustrie ist global, die Klimakatastrophe und die Wirtschaftskrise sind es auch. Gerade die Gewerkschaft muss über den Tellerrand eines Betriebes und eines Landes hinausschauen und endlich damit aufhören zu versuchen, mit Standortsicherungen die „eigenen“ Arbeitsplätze auf Kosten der KollegInnen in anderen Betrieben, Werken oder Ländern zu sichern. Das untergräbt die Solidarität und macht uns zum Spielball der ManagerInnen!
- Gemeinsamer Kampf mit Geflüchteten und MigrantInnen gegen Rassismus und Nationalismus!
- Entschädigungslose Enteignung aller Unternehmen, die Massenentlassungen oder Schließungen durchsetzen wollen, durch Massenstreiks und Betriebsbesetzungen erzwungen! Weiterführung und Neuausrichtung der verstaatlichten Betriebe unter ArbeiterInnenkontrolle!
- Für den 20. September haben AktivistInnen der Fridays-for-Future-Bewegung wie Greta Thunberg zu einem globalen Klimastreik aufgerufen, der alle Altersschichten umfassen soll und ArbeiterInnenbewegung und

Umweltbewegung praktisch zusammenführen kann. Wir fordern von der IG Metall, den DGB-Gewerkschaften und dem Europäischen Gewerkschaftsbund eine volle Mobilisierung, um den Klimastreik zu einem internationalen politischen Massenstreik zu machen!

## **Das Problem heißt „Sozialpartnerschaft“**

Diese

Forderungen können nicht durchgesetzt werden, wenn jede Belegschaft alleine mit Angriffen konfrontiert ist. Alle gemeinsam – wie hier in Berlin – ist der richtige Ansatz. Aber die Zersplitterung in einzelne Unternehmen und Werke hat einen Grund: Das politische Muster der Betriebsratschefs und der ganzen IG Metall-Spitze ist, dass es für „unsere Leute“ das Beste wäre, wenn „unsere Unternehmen“ fette Gewinne machen würden. Dann würde für alle was abfallen: ein paar Prozent Lohnerhöhung für die Kernbelegschaften der Auto-Industrie, auch mal ein paar Tausender Jahresprämie.

Diese Rechnung

ist in den letzten Jahren scheinbar aufgegangen, weil die deutsche Auto-Industrie und auch Stahl und Maschinenbau die anderen Industrieländer nieder konkurriert haben.

In Wirklichkeit waren die „Belohnungen“ für die MetallerInnen aber bescheiden, gemessen an den Profiten des Kapitals. Viele Beschäftigte in der Zulieferindustrie, in der sogenannten „Produktionslogistik“ oder in Leiharbeit haben davon nichts abbekommen. Sie haben oft sogar Reallohnverluste erlitten oder waren die Opfer, mit deren Lohneinbußen, Ausgliederungen und Arbeitsplatzverlusten die Profite der Konzerne gesteigert wurden. Die Bedingungen im Osten wurden bis heute nicht an jene des Westens angeglichen und die Beschäftigten in den Leiharbeitsfirmen werden nicht nur schlechter bezahlt, sondern dienen auch als Reserve, die viel leichter gefeuert werden kann.

Ganz sicher ist, dass angesichts des Konjunkturrückgangs, der massiven Arbeitsplatzvernichtung durch Digitalisierung und E-Mobilität diese „Partnerschaft“ mit dem Kapital noch weniger funktionieren kann.

## **Neue Strategie – neue Bewegung**

Die nötige Wende in der IG Metall kann nicht mit einem Hofmann kommen, der vor den Kampfansagen des Kapitals die Augen verschließt, und, selbst wenn er etwas linker auftritt,

weiter von „Partnerschaft“ träumt!

Es gibt in vielen Betrieben Kolleginnen und Kollegen, die gegen die Kungelei der BR-Spitzen und der GewerkschaftssekretärInnen mit den Vorständen vorgehen, die versuchen, Vertrauensleute zu stärken oder die eigene BR-Liste aufzustellen. Wir müssen erkennen, dass das Problem nicht an einzelnen Führungspersonen liegt. Dahinter steht ein politisches Konzept. Die Sozialpartnerschaft können wir nur mit einer entgegengesetzten Strategie bekämpfen, die von den Interessen aller MetallerInnen und der ganzen Klasse ausgeht und nicht einer Elite von Stammebelegschaften in den Großkonzernen. Wir müssen dies gemeinsam erarbeiten und uns zusammenschließen, weil die Macht in der IG Metall völlig unter der Kontrolle des Apparates ist.

Am 25./26.

Januar 2020 wird in Frankfurt/Main eine Strategie-Konferenz stattfinden, die Kolleginnen und Kollegen in diesem Sinne zusammenbringen soll. Wir rufen Metaller und Metallerinnen auf, sich jetzt schon auszutauschen und zu verbinden: Für eine oppositionelle Bewegung, die die Angriffe der Unternehmen nicht sozial gestaltet, sondern konsequent bekämpft! Für eine Bewegung, die auf Klassenkampf setzt statt auf Sozialpartnerschaft, auf ein



Aktionsprogramm gegen  
die Krise und für die Interessen aller ArbeiterInnen statt auf  
Kugelrunden mit  
Kapital und Kabinett!

Diese muss schon  
jetzt beginnen, als organisierte Kraft in den Gewerkschaften  
sichtbar zu  
werden.

---

# **Freiheit für Kapitänin Rackete! Schluss mit dem Massenmord im Mittelmeer!**

*Martin Suchanek, Infomail 1060, 30. Juni 2019*

Die Festnahme  
der Kapitänin der Sea Watch 3 löste in ganz Europa einen Sturm  
der Empörung  
aus. Auf Lampedusa empfangen nicht nur die SchergInnen des  
rassistischen Innenministers  
und Lega-Chefs Salvini die 31-jährige Carola Rackete, die ihr  
Schiff in der  
Nacht vom 28. zum 29. Juni den Hafen anlaufen ließ. Auch viele  
DemonstrantInnen  
solidarisierten sich lautstark mit der mutigen Frau.

Zwei Wochen lang  
verweigerte die italienische Regierung dem Schiff, anzulegen  
und die  
Geflüchteten von Bord gehen zu lassen. Die Kapitänin zog  
schließlich die Reißleine  
und fuhr „auf eigene Verantwortung“ in den Hafen ein. Italiens  
Innenminister  
und „starker Mann“, Salvini, empört sich über diesen angeblich  
„kriminellen“  
Akt und den „Angriff“ auf ein Boot der italienischen  
Finanzpolizei, das für  
wenige Minuten zwischen Kaimauer und Sea Watch eingeklemmt  
war. Der Lega-Chef  
empörte sich darüber, dass Rackete und die Crew des  
Rettungsschiffes „fast  
Menschen getötet“ hätten und lieferte damit einen weiteren  
Beweis für seinen  
eigenen Zynismus. Während er eine vergleichsweise  
ungefährliche Situation im  
Hafen aufbauscht, betrachtet er den Massenmord im Mittelmeer,  
von den  
europäischen Regierungen billigend in Kauf genommene libysche  
Foltergefängnisse  
und das Aushungern der Menschen, die es doch auf ein Boot wie  
die Sea Watch  
geschafft haben, als geeignete Mittel zur „Abschreckung“  
Geflüchteter.

## **Öffentliche Empörung und Zynismus**

Die öffentliche  
Empörung in vielen Ländern Europas zeigt zweifellos, dass sich  
Millionen

Menschen bis heute nicht mit dem Rechtsruck und der erbarmungslosen Abriegelung der EU-Außengrenzen abfinden wollen.

Die rassistische, mörderische Politik eines Salvini und seiner HelfshelferInnen, eines Seehofer, Orbán und Kurz, des Nationalkonservatismus, Rechtspopulismus und Neofaschismus erregt zu Recht Abscheu. Deren aggressiver, pseudo-radikaler, „volksnaher“ Rechtspopulismus artikuliert die Stimmung eines wachsenden Teils der BürgerInnentums, kleinbürgerlicher Schichten und auch von Teilen der ArbeiterInnenklasse, die fürchten, in der globalen Konkurrenz unter die Räder zu kommen. Er versucht sie zu einer politischen Kraft zu bündeln. Anders als die noch dominierenden Parteien und Organisationen der „Mitte“ – ob nun Mainstream-Konservative, Liberale, Grüne oder auch die Sozialdemokratie – versuchen sie die Abschottung der EU-Außengrenzen und rassistische Gesetze nicht länger „humanitär“ zu verklären. Sie fordern nicht nur nationale und „europäische“ Abschottung, sie setzen sie auch euphorisch um. Tausende Tote im Mittelmeer geraten ihnen zum Beweis der Überlegenheit „unserer“ „abendländischen“, „christlichen“ oder sonstwie „höheren“ Kultur. Der Massenmord im Mittelmeer wird zum Beweis dafür, dass sie es mit der „Verteidigung der Heimat“ Ernst meinen.

Solche

erz-reaktionären Kräfte, die sich längst zum Sammelpunkt für rechtspopulistische Bewegungen bis hin zur faschistischen Mobilisierung

entwickelt haben, fechten Verweise auf einen „Tabubruch“ oder „Grenzüberschreitungen“ nicht an. Dass ihnen „Gutmenschen“ einen Bruch der

Menschenrechte, mangelnde Humanität oder auch Menschenverachtung vorwerfen,

erscheint den europäischen Rechten nur als Bestätigung ihrer Gesinnungstreue.

Vor allem aber

erweisen sich die Vorwürfe, die das bürgerliche Establishment, die europäischen

Regierungen und die EU an Salvini richten, als zahnlos und verlogen. Dass die

italienische Regierung die Häfen abriegelt, eine rigorose Abschottungspolitik

durchzieht, Flüchtlinge und FluchthelferInnen bekämpft und kriminalisiert,

bildet einen, wenn auch gern unter den Tisch gekehrten, Teil der „Sicherung der

EU-Außengrenzen“, wie sie die EU-Kommission, die deutsche und französische

Regierung beschlossen haben. Das Abkommen mit der Türkei oder mit dem Sudan

haben schließlich nicht Orbán oder Salvini geschlossen, sondern die EU unter

Führung deutscher und französischer „HumanistInnen“ wie Merkel und Macron.

Anlässlich der

Festnahme von Kapitänin Rackete empörte sich SPD-Außenminister Heiko Maas.

„Seenotrettung darf nicht kriminalisiert werden,“ twitterte er – und vergaß dabei, dass die EU und „seine“ Regierung fest an deren Kriminalisierung und Behinderung mitgewirkt haben. Maas hat offenbar auch „vergessen“, dass sein Ministerium und die SPD alle rassistischen Gesetzesverschärfungen mitgetragen haben, die in Seehofers Innenministerium ausgebrütet wurden. Allenfalls hat die Sozialdemokratie diese mit etwas Sozialschaum ausgestaltet und „gemildert“. Die nach Afghanistan, Nordafrika oder andere „sichere Drittstaaten“ Abgeschobenen werden es danken.

Vergessen hat Maas – und mit ihm die gesamte Bundesregierung – offenkundig auch, dass über zwei Wochen nicht nur Italiens Salvini alle Häfen für die Sea Watch 3 sperren ließ, sondern auch, dass sich kein EU-Land bereitfand, die 53 (!) Geflüchteten, die auf dem Schiff ausharren mussten, aufzunehmen. So viel zur „Humanität“ unserer Regierungsleute.

## **Solidarität und Bewegung**

Humanität, Mut und Entschlossenheit zeigten jedoch Menschen wie Rackete und ihre Crew im

Übermaß. Sie wussten, dass ihnen bei der Einfahrt in den Hafen Festnahmen, rassistische Hetze, Anklagen und sogar Haftstrafen von bis zu 10 Jahren drohten. Gefahr laufen die HelferInnen von Geflüchteten freilich nicht nur bei ihrem Einsatz auf hoher See oder beim Einlaufen in Häfen. Selbst in Deutschland sind ihre Büros rassistischen Anschlägen ausgesetzt, so dass das Berliner Büro von Sea Watch mehrmals umziehen musste.

Der Kampf zur Unterstützung der HelferInnen und gegen deren Kriminalisierung muss daher einhergehen mit dem gegen rassistische Hetze – sei es durch rechte und auch „etablierte“ bürgerliche Medien, Parteien, aber auch Anschläge.

Von den linken und sozialdemokratischen Parteien, von den Gewerkschaften, die richtigerweise die Festnahme von Rackete verurteilen und ihre Freilassung fordern, müssen wir freilich mehr als schöne Worte für die Fälle einklagen, wo Rassismus skandalisiert wird. Den eigentlichen Skandal stellt die „Normalität“ dar. Die gesamte Abschottung der EU-Außengrenzen muss fallen. Die Grenzen müssen für alle Geflüchteten geöffnet werden! Diese dürfen nicht länger in menschenunwürdigen Lagern untergebracht werden, sondern ihr Bleiberecht, ihre

vollen StaatsbürgerInnenrechte, vor allem das auf Bewegungsfreiheit, auf Ausbildung, Arbeit, Wohnraum und medizinische Betreuung müssen unverzüglich anerkannt und realisiert werden. Das ist keine Utopie. Es erfordert aber einen Bruch mit Neo-Liberalismus, Austeritätspolitik, Umverteilung zugunsten der Kapital- und VermögensbesitzerInnen. Durch einen solchen, europaweiten Kampf könnte zugleich auch die von Staat, Kapital und Rechten forcierte Spaltung von „heimischen“ und migrantischen Menschen überwunden werden.

Lasst uns daher die Solidarität mit Kapitänin Rackete und ihrer Crew mit dem Aufbau einer europaweiten Bewegung gegen Rassismus, Abschottung, Festung Europa und die Angriffe des Kapitals verbinden!

---

## **Neuer Golfkrieg? – Schluss mit der US-Blockade gegen den Iran!**

*Dave Stockton, Infomail 1059, 22. Juni 2019*

Am

13. Juni wurden zwei Tanker, der japanische Kokuka Courageous unter panamesischer Flagge und der norwegische Front Altair unter der der Marshallinseln, von Explosionen heimgesucht, als sie durch den Golf von Oman, nahe der iranischen Küste, fahren. Der Vorfall folgte auf Angriffe auf zwei saudische Tanker, ein emiratisches Schiff und einen norwegischen Tanker im Mai.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben ein körniges Schwarzweiß-Video herausgegeben, das nachts aus einem US-Hubschrauber aufgenommen wurde, sowie einige Farbfotos. Sie scheinen schwarz gekleidete Figuren auf einem Boot zu zeigen, das neben dem japanischen Schiff fährt und ein Objekt von seiner Seite entfernt, das eine Mine sein könnte. Auf dieser „Grundlage“ haben Trump und der saudische Kronprinz dem Iran mit Vergeltungsmaßnahmen gedroht, und die USA haben weitere 1.000 SoldatInnen in die Golfregion geschickt.

Nach dem Abschuss einer US-Drohne hatte Trump am 21. Juni einen Militärschlag gegen den Iran genehmigt, der in letzter Minute abgeblasen wurde – gegen den Willen der Hardliner im US-Kabinett wie Außenminister Mike Pompeo und Sicherheitsberater John Bolton.



Auch

wenn sich alle Seiten immer wieder beeilen zu erklären, sie wollten

keinen Krieg und dass dies unkalkulierbare Folgen für die fragile

Weltwirtschaft hätte, ganz zu schweigen von den Beziehungen zwischen

den „Großmächten“, so steigt die Kriegsgefahr offenkundig. Der US-Imperialismus spielt mit dem Feuer. Allein durch die 30 Seemeilen

breite Straße von Hormus werden rund 35 Prozent des weltweiten Rohöls und 20 Prozent des globalen Ölhandels transportiert. Hinzu

kommt, dass die Länder am Golf noch immer über 50 Prozent der nachgewiesenen Ölreserven der Welt verfügen.

Noch

im Jahr 2010 war der Iran der zweitgrößte Exporteur der OPEC (Vereinigung der Erdöl produzierenden Länder). Aber die einseitige

Aufkündigung des internationalen Atomabkommens durch die USA und die

Verhängung eines Embargos unter Trump haben die wirtschaftliche Lage

im Iran massiv verschärft. Und Weiteres droht. Ende April kündigte

das Weiße Haus an, dass die Ausnahmen für den Handel mit dem Iran,

die China, Indien, Japan, Südkorea und der Türkei „gewährt“

wurden, im Mai auslaufen würden, wonach sie selbst zum weiteren Ziel

der US-Sanktionen werden würden, sollten sie das Iran-Geschäft weiter betreiben.

Infolgedessen

haben Tausende iranischer ArbeiterInnen im privaten und öffentlichen Sektor gegen Verspätungen und Nichtzahlung von Löhnen und eine ungezügelter Inflation, die ihre Löhne abwertet, gestreikt. Das iranische klerikale Regime antwortete, indem es Hunderte von LehrerInnen, Bus- und Lkw-FahrerInnen sowie FabrikarbeiterInnen verhaftete. ArbeiteraktivistInnen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, auch wegen der Organisation friedlicher Proteste. Offensichtlich hat die amerikanische Blockade intern eine destabilisierende Wirkung, und es ist kein Wunder, dass der Iran gedroht hat, die Meerenge von Hormus zu schließen, wenn dies so weitergeht.

Um diese Bedrohung abzuwehren, haben die USA kürzlich eine Kampfgruppe für Flugzeugträger, eine B-52-Bomberstreitmacht, Phineas-Angriffsschiffe, Patriot-Raketenbatterien und zusätzliche Bodentruppen in die Region entsandt. Es besteht kein Zweifel daran, dass ein Angriff auf den Iran eine reale Möglichkeit ist. Obwohl die US-Militärautoritäten offenbar vor solchen Aktionen gewarnt haben, stand ein Angriff unmittelbar bevor.

**Wer  
war es?**

Also

war der Iran für den Angriff verantwortlich? Und: Wenn es so wäre, würde das eine militärische Aktion der USA (und wahrscheinlich von Großbritannien) gegen den Iran rechtfertigen?

Fast

unmittelbar, nachdem die Nachrichten von Explosionen auf den Tankern im Golf öffentlich wurden, erklärte Trump gegenüber Fox TV: „Der Iran hat es getan“. „Sie wissen, dass sie es getan haben, sie haben das Boot gesehen“, verlautete Trump. „Ich schätze, eine der Minen ist nicht explodiert und die ist wahrscheinlich im Wesentlichen dem Iran zuzuschreiben.“ „Man hat das Boot nachts gesehen, von dem aus erfolgreich versucht worden war, die Mine abzubauen, und das war deutlich erkennbar“, fügte er hinzu.

Trotz

des Videos – und wer kann heute noch glauben, dass ein Videoclip nicht lügen kann – gibt es widersprüchliche Beschreibungen des Angriffs. Einer der japanischen Eigner sagte, dass das Schiff von zwei „fliegenden Objekten“ getroffen wurde, nicht von Haftminen.

Wenn

es einen „Angriff“ gibt, der zum Ausbruch eines Krieges führen könnte, ist es ratsam zu fragen, wer eigentlich von einem solchen Angriff profitiert?

Es

ist sicherlich schwer, sich den Iran als Begünstigten vorzustellen.

Man sollte nicht vergessen, dass die USA in der Vergangenheit aufgrund falscher Behauptungen über Angriffe auf ihre Marineschiffe

Kriege geführt haben. Der Spanisch-Amerikanische Krieg wurde durch

die angebliche Versenkung des Schlachtschiffs USS Maine im Hafen von

Havanna ausgelöst, während die US-Eskalation des Vietnamkriegs durch den ebenso gefälschten Vorfall am Golf von Tonkin ausgelöst

wurde. „Wir wurden angegriffen“ ist somit eine altehrwürdige Methode, um die Unterstützung der Bevölkerung für einen Krieg um

Plünderung und Herrschaft zu gewinnen.

In

diesem Fall müssten sich die USA jedoch nicht die eigenen Hände

schmutzig machen. Es gibt andere regionale Mächte, enge US-Verbündete, die die USA stets aufgefordert haben, den Iran militärisch zu bestrafen. Sowohl Saudi-Arabien mit seinem „dynamischen“ Kronprinzen Mohammed bin Salman als auch die abhängigen Herrscher aus den Emiraten haben viele Gründe dafür.

Der

Kronprinz, teuer bewaffnet von den USA und Großbritannien, ist im

Jemen in einen barbarischen, wenn auch nicht gewinnbaren „Bürgerkrieg“ verwickelt und fördert derzeit eine bösartige Konterrevolution gegen den demokratischen Aufstand des sudanesischen

Volkes. Er hat die Spannungen mit dem Iran unerbittlich angeheizt, um die USA zu ermutigen, mehr und mehr Marine- und Luftstreitkräfte in die Region zu entsenden.

Dann ist da noch der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu, der häufig Attacken auf die iranischen Atomanlagen gefordert und sogar damit gedroht hat. Nicht zuletzt sind nichtstaatliche AkteurInnen durchaus dazu in der Lage, wie beim al-Qaida-Anschlag auf das amerikanische Kriegsschiff USS Cole im Jahr 2000.

Alle diese sind durchaus in der Lage, Angriffe unter falscher Flagge durchzuführen.

Ein weiterer Grund zur Skepsis ist, dass sich der iranische Präsident Rohani und der Oberste Religionsführer Chamene'i in den Tagen kurz vor den jüngsten Anschlägen mit dem japanischen Premierminister Shinzo Abe im Iran trafen, um die wachsenden Spannungen des Landes mit den USA abzubauen. Japan unterhält recht gute Beziehungen zu dem Land, von dem es einen beträchtlichen Teil seines Öls bezieht. Warum sollte der Iran versuchen, die Mission von Abe zu

sabotieren?

Abgesehen

von Trump selbst wurde die Kampagne sofort von Außenminister Pompeo aufgenommen, gefolgt von dem nationalen Sicherheitsberater Bolton, einem berüchtigten neokonservativen Scharfmacher. Beide haben wiederholt einen Regimewechsel im Iran gefordert. Vor einigen Jahren rief Pompeo zu Luftschlägen auf, um die iranischen Atomanlagen zu beseitigen.

Er

behauptete nun, dass die Angriffe Teil „40 Jahre unprovoked Aggression gegen freiheitsliebende Nationen“ seien. Der Iran wäre „aufpeitscht, weil das Regime will, dass unsere erfolgreiche Höchstdruckkampagne aufgehoben wird“ und fügte hinzu, dass „keine Wirtschaftssanktionen die Islamische Republik berechtigen, unschuldige ZivilistInnen anzugreifen, die globalen Ölmärkte zu stören und Atomerepressionen durchzuführen“.

Mit

anderen Worten, die USA können die Wirtschaft eines anderen Landes zerstören und ruinieren, indem sie einfach ihre Kontrolle über den Handel und die Finanzen der Welt nutzen und sogar unwillige europäische Verbündete zwingen, sie zu unterstützen, aber die

Opfer dürfen nicht mit Waffengewalt dagegen vorgehen. Wenn sie es tun, wird Washington ein Höllenfeuer auf sie niederprasseln lassen.

Tatsächlich

beschreibt der Ausdruck „40 Jahre unprovokierte Aggression“ den

Charakter der Politik der USA und ihrer Verbündeten treffend, die

seit der Erniedrigung von Präsident Carter durch die Revolution von

1979 gegen Washingtons Handlanger, den autokratischen Schah, betrieben wurde. Die USA ermutigten daraufhin den irakischen Saddam

Hussein, den Iran anzugreifen und einen Krieg zu beginnen, der bis

1988 andauerte und in beiden Ländern Ruin und große Verluste an

Menschenleben verursachte. In diesem Jahr feuerte der US-Kampfkreuzer

Vincennes am Persischen Golf Raketen ab, die ein iranisches Passagierflugzeug zum Absturz brachten, 290 Passagiere und Besatzungsmitglieder töteten.

Eine

ebenso zynische Erfindung stellt Trumps Aussage dar, dass „die Iraner den Irak übernehmen“. Die Wahrheit ist, dass die USA unter

dem republikanischen Präsidenten George W. Bush und seinem demokratischen Nachfolger geholfen haben, eine vom Iran getragene,

von SchiitInnen dominierte Regierung im Irak zu installieren und zu

unterstützen, um den Aufstand sunnitischer Kräfte, ehemaliger

Saddam'scher Armeeelemente und dann die ISIS-Bewegung (Islamischer Staat im Irak) zu zerschlagen. Die USA hätten sich im Irak viel schwerer halten können, wenn sie nicht auf dürftig verdeckte iranische Unterstützung zurückgegriffen hätten.

## Reaktionen

Der Auftritt von Großbritanniens kleinem Schildknappen für den amerikanischen Goliath, Außenminister Jeremy Hunt, lief wie folgt ab: Noch bevor er das Video sah, beeilte sich der britische Außenminister, Trumps und Pompeos Behauptungen volle Unterstützung zu geben:

„Wir haben keinen Grund, der amerikanischen Einschätzung nicht zu glauben, und unser Instinkt ist es, ihr zu glauben, denn sie sind unser engster Verbündeter.“

Für Hunt und seine KollegInnen wäre alles andere unpatriotisch, wenn nicht sogar regelrecht verräterisch. Als Jeremy Corbyn es wagte, seine Antwort zu kritisieren und sagte: „Ohne glaubwürdige Beweise für die Tankerangriffe wird die Rhetorik der Regierung die



Bedrohung

durch Krieg nur noch verstärken“, schoss Hunt sofort zurück, „... warum kann er nie britische Verbündete, den britischen Geheimdienst oder britische Interessen unterstützen?“

Trotz

all diesen Getöses ist es jedoch schwer vorstellbar, dass das Unterhaus die britische Beteiligung an einem Angriff auf den Iran

unterstützt, ebenso wenig wie es David Camerons Versuch, sich an der

Bombardierung Syriens zu beteiligen, unterstützt hat. Der britische

Beistand wird wahrscheinlich verbal bleiben, während das Land weiterhin Waffen an die Saudis verkauft.

Unterdessen

hat die Europäische Union eine Linie eingeschlagen, die der von

Corbyn relativ ähnlich ist. Die außenpolitische Vertreterin Federica Mogherini forderte die Länder auf, keine voreiligen Schlüsse zu ziehen: „Die maximale Zurückhaltung und Weisheit sollte angewendet werden“, sagte sie. Bundesaußenminister Heiko

Maas erklärte, sein Land habe sich noch nicht entschieden, wer hinter den angeblichen Angriffen am Golf steckt.

Er

fügte hinzu, dass die Erkenntnisse des US-amerikanischen und britischen Geheimdienstes mit Material anderer Verbündeter verglichen werden müsse, und stellte fest, dass die bisher vorgelegten Beweise „von einer Seite kommen“. Offensichtlich sind

die EuropäerInnen zutiefst unzufrieden mit der Iran-Politik

von

Trump. Tatsächlich haben sie versucht, das Atomabkommen am Leben zu

erhalten, indem sie Wege gefunden haben, dem US-Ölembargo zu entkommen, das den Interessen ihrer großen Ölkonzerne widerspricht.

Obwohl

sie von der Trump-Administration und dem saudischen Kronprinzen

unabhängige „Beweise“ fordern, wollen sie umgekehrt aber auch keine weitere Konfrontation mit den USA riskieren, wie sich schon

angesichts des praktischen Befolgens des US-Embargos durch große

Teile der EU zeigte. Erst recht können sie sich zu keiner klaren

Ablehnung eines US-Angriffs durchringen. Bestenfalls sind von den

europäischen Regierungen und der EU „diplomatische“ Winkelzüge,

Schweigen und das Hoffen auf eine imaginäre „Weltgemeinschaft“ zu erwarten

Ein

echter Widerstand gegen die US-Pläne, die Embargos, Drohungen und

sogar „begrenzte“ Luftschläge auf iranische Militäranlagen wird

ausbleiben. Dieser müsste nämlich die Form von Massenaktionen auf

den Straßen annehmen. Diplomatische Erklärungen, die von den Regierungsämtern in Berlin, Paris oder Brüssel versandt werden,

haben keine Wirkung.

# Hände weg vom Iran!

Letztendlich ist es nicht das entscheidende Thema, ob der Iran für die jüngsten Anschläge verantwortlich war. Die Verschärfung des US-Würgegriffs wie seine 50-jährige Blockade Kubas und seine jüngste, die auf einen Regimewechsel in Venezuela abzielt, würde völlig nachvollziehbar machen, dass ein Opfer zu militärischen Maßnahmen gegen die USA oder seine Verbündeten ergreift. Was solcherart gerechtfertigt wäre, ist freilich längst nicht zweckmäßig.

Einen militärischen Angriff von der immer noch einzigen militärischen Supermacht der Welt zu provozieren, wäre, um es vorsichtig auszudrücken, ein Risiko. Auch wenn die irakische Besatzung wie der Vietnamkrieg zu einem wirtschaftlichen und militärischen Debakel für die USA geführt haben, verdeutlicht die Zerstörung dieser Länder und das Abschlachten von deren Bevölkerung, dass ein solches Risiko nicht eingegangen werden sollte.

Natürlich ist es möglich, dass das repressive Regime der iranischen Ajatollahs, dessen Popularität durch die Sanktionen und ihre arbeiterInnenfeindliche Unterdrückung weiter geschwächt wurde,

beschließt, dass das Risiko eines „schrecklichen Endes“ einem „endlosen Terror“ vorzuziehen wäre. Der Konflikt mit den USA könnte den Patriotismus der Bevölkerung noch einmal anheizen und deren Unmut auf den Feind lenken. Der Iran hat nur wenige wirkliche Verbündete jenseits des syrischen Diktators Baschar al-Assad, der dem Iran sein Überleben verdankt, und der libanesischen Hisbollah. Weder sie noch Russland noch China würden wahrscheinlich über die formelle Verurteilung der US-Aktionen hinausgehen.

Dennoch würde jeder Krieg am Golf zu einer Ölkrise führen und die Weltwirtschaft in eine Rezession stürzen, deren erste Anzeichen bereits erkennbar sind. Am Ende würde es Russland und Chinas Allianz zementieren und Peking davon überzeugen, dass die US-Aggression, die sich heute auf die Kontrolle der Straße von Hormus konzentriert, morgen die Straße von Malakka betreffen könnte. Das ist ein lebenswichtiges Interesse für Peking, denn 80 Prozent seiner Energieversorgung und ein großer Teil seines produzierten Exports laufen über diese Meerenge. Auch wollen die USA ihre maritime Vormachtstellung behaupten.

Es wird immer deutlicher, dass „Amerika wieder groß machen“ bedeutet, die anderen imperialistischen Länder und die unabhängiger

eingestellten regionalen Mächte kleiner und schwächer zu machen.

Die verlogene Win-Win-Rhetorik der Obama-Ära ist dem Win-Lose-Twittersturm eines Trump gewichen. Die US-Vorherrschaft soll zur Zeit vor allem durch die US-Kontrolle der Wirtschaftsinstitutionen, der Kapital- und Rohstoffmärkte und der globalisierten Wirtschaft gesichert werden. Aber bei Bedarf kann die US-Regierung rasch auf rohe Gewalt zurückgreifen.

Auch wenn die Warnungen Russlands und Chinas an die Vereinigten Staaten, nicht militärisch gegen den Iran vorzugehen, wahrscheinlich zu keinerlei Aktionen ihrerseits führen werden, haben wir wieder einmal einen internationalen Vorfall, der die vitalen Interessen der nuklear bewaffneten imperialistischen Mächte bedroht. Dies bestätigt, was die Liga für die Fünfte Internationale seit einiger Zeit sagt: Wir befinden uns in einer Zeit erneuter interimperialistischer Konflikte, die regionale Kriege, Interventionen und letztlich einen Weltkrieg heraufbeschwören, der die Menschheit zerstören könnte.

Heute geht es in erster Linie darum, die ArbeiterInnenbewegung der USA und ihrer Verbündeten zu mobilisieren, um jeden Angriff auf den Iran zu

stoppen, alle Waffenlieferungen an Saudi-Arabien einzustellen,  
Trumps  
Deal of the Century zur Lösung des Nahostkonflikts, den er den  
PalästinenserInnen aufzwingen will, zu bekämpfen und die  
belagerte  
sudanesische Revolution zu unterstützen.

Die  
Verurteilungen von Trumps Kriegstreiberei durch  
Persönlichkeiten wie  
Jeremy Corbyn oder Bernie Sanders sind alle gut und schön,  
aber ihr  
Fokus auf „wer es wirklich war“ legt die gefährliche  
Schlussfolgerung nahe, dass ein Angriff doch gerechtfertigt  
wäre,  
wenn sich der Iran als Verursacher erweisen sollte. Ihre  
ständigen  
Forderungen nach einem Eingreifen der UNO sind ebenfalls und  
bestenfalls nutzlos. Die UNO ist eine Räuberhöhle für die  
großen  
imperialistischen Mächte, während die anderen Staaten dort  
sind, um  
ein paar Krümel zu sammeln und die Illusion zu erwecken, dass  
es  
sich um ein Weltparlament handelt.

Wir  
müssen uns den Aktionen der USA, Großbritanniens und ihrer  
Verbündeten im Golf widersetzen, aber ohne die Illusion zu  
verbreiten, dass der Feind meines Feindes mein Freund wäre, in  
diesem Fall, dass entweder das iranische Regime oder seine  
imperialistischen Unterstützer, Russland und China, unsere  
strategischen Verbündeten sein könnten. Während wir uns gegen  
die  
Aggression der USA gegen den Iran wehren, sei es in

wirtschaftlicher  
oder militärischer Hinsicht, müssen wir die ArbeiterInnen des  
Landes und die säkular orientierte demokratische Jugend  
unterstützen, die ihr Land von seinen frauenfeindlichen,  
homophoben  
und diktatorischen Herrschern befreien will. Letztendlich kann  
nur  
der revolutionäre Kampf der ArbeiterInnen und Jugendlichen,  
wie er  
im Sudan stattfindet, alle imperialistischen Kriege, den  
wirtschaftlichen Zusammenbruch und auch die Klimakatastrophe  
verhindern.

---

# **Internationale Solidarität gegen die Angriffe der sogenannten „Antideutschen“ – Antizionismus ist kein Antisemitismus!**

*Gemeinsame Erklärung internationalistischer Gruppierungen und  
Organisation, 13. Juni 2019*

Angriffe auf  
internationalistische, antikapitalistische und  
antiimperialistische Kräfte  
mehren sich besonders in den letzten Monaten. Sogenannte  
„Antideutsche“ hetzen gegen alle

fortschrittlichen linken, demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Kräfte, die Kritik an der israelischen Politik und deren Unterstützung durch den deutschen und/oder US-amerikanischen Imperialismus üben. Erst recht denunzieren sie jede Solidarität mit dem Widerstand der Palästinenser\_innen und antizionistischer Kräfte.

Mit dem Vorwurf „Antizionismus“ sei „Antisemitismus“ wird die steigende rechte Gefahr für Leib und Leben in Deutschland und Israel für Linke und MigrantInnen relativiert und der reale wachsende Antisemitismus der Rechten verharmlost. Der zentrale Zweck der Kriminalisierung von AntizionistInnen ist jedoch, jede Kritik an Israel und der deutschen pro-zionistischen Außenpolitik, jede Solidarisierung mit der palästinensischen Bevölkerung und tendenziell auch jede Kritik an imperialistischen Interventionen im „Nahen Osten“ mundtot zu machen.

Dafür unterstützen die „Antideutschen“ ausgemacht rechte und rassistische Regierungen, wie in Israel und den USA und versuchen, jede Kritik an diesen Staaten als antisemitisch zu denunzieren, selbst jene jüdischer Antizionist\_innen.



Die sog. „Antideutschen“ beschränken sich dabei nicht nur auf Hetze in Wort und Schrift, sondern greifen auch auf andere Mittel zurück.

- Ausschluss von oder Ausschlussdrohungen gegen missliebige/n Organisationen aus linken Bündnissen. Davon waren und sind zahlreiche Gruppierungen wie z.B. MLPD, ArbeiterInnenmacht, REVOLUTION, BDS Berlin, Bonner Jugendbewegung, F.O.R. Palestine, Jugendwiderstand und andere internationalistische Gruppierungen... betroffen.
- Denunziation von Antizionist\_innen in öffentlichen Institutionen bis hin zur Drohung von Entlassungen und Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz (z.B. durch „Recherche-Besuche von AutorInnen des Portals „Ruhrbarone“).
- Versuch der Kriminalisierung ganzer Gruppierungen und Kampagnen wie z.B. von BDS in Zusammenarbeit mit reaktionären Kräften.
- Physische Gewalt oder Drohungen gegen internationalistische oder antiimperialistische Kräfte, Blöcke oder Personen (vor kurzem gegen den antiimperialistischen Block in Hamburg oder gegen Kerem Schamberger in Marburg).
- Ausgrenzung antizionistischer Positionen in den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und auch in der Linkspartei.

Dabei geht das sogenannte „antideutsche“ Spektrum im Kontext des aktuellen politischen Rechtsrucks selber in eine zutiefst rassistische Richtung: Autoren wie Justus Wertmüller und Thomas Maul (von der Zeitschrift „Bahamas“) betreiben aktive Unterstützung für

die AfD bei deren anti-muslimischem Rassismus oder auch für den rassistischen Mob von Chemnitz. Doch auch die weniger „extremen“ Teile dieses Spektrums üben sich im politischen Angriff gegen Linke, Antirassist\_innen und Internationalist\_innen und in deren Verleumdung als „Antisemit\_innen“.

Eine solche Politik behindert aktiv die Formation von Widerstand gegen den bundesdeutschen Rechtsruck und spielt letztlich rechten Kräfte in die Hände, die nicht nur in den Parlamenten, sondern auch auf der Straße zunehmend erstarken und zur wachsenden Gefahr für uns alle werden.

Statt Spaltung und Diffamierung braucht der Kampf gegen rechts, gegen Sexismus, Rassismus und Nationalismus heute mehr denn je Solidarität und gemeinsame Aktionen von uns Lohnabhängigen, MigrantInnen, Jugendlichen, Frauen, LGBTIAs, SchülerInnen und Studierenden. Wir sehen keinen Widerspruch darin, gemeinsam gegen Rassismus auf die Straße zu gehen und trotzdem diverse politische Positionen zu verschiedenen Themen zu vertreten.

**Gemeinsam gegen Ausgrenzung und**

# Diffamierung

Gegen die  
Ausgrenzungspolitik, Diffamierungen und Angriffe von  
„Antideutschen“ werden wir  
uns daher in Zukunft gemeinsam zur Wehr setzen – trotz unserer  
politischen  
Unterschiede.

All jene, die unter  
Antifaschismus nicht nur eine Szene, sondern eine  
ernstgemeinte politische  
Praxis verstehen, fordern wir auf, mit uns gemeinsam gegen  
diese Kampagne  
anzukämpfen. Wir lassen uns nicht bürokratisch und willkürlich  
aus Bündnissen  
und von Aktionen ausgrenzen. Wir lassen uns nicht unsere Rede-  
und  
Propagandafreiheit nehmen!

Wir werden weiterhin die  
rassistische und nationalistische Politik der israelischen  
Regierung und deren  
Unterstützung durch den deutschen und US-Imperialismus  
bekämpfen. Wir werden  
weiterhin gegen Kriegstreiberei und Interventionen auftreten  
.Wir werden unsere  
Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand und den  
antizionistischen  
Kräften bekunden.

Die Kriminalisierung

antizionistische Kräfte in Deutschland stellt ein Pilotprojekt dar, in Zukunft jede politische Bewegung, die die Außenpolitik der deutschen Regierung und die imperialistische Interessen kritisiert, zu unterdrücken. Türkische und kurdische linke Organisationen werden mit Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verboten und Terrorismusvorwürfen konfrontiert. In Zukunft sind beispielsweise ähnliche Vorgehen gegen linke Bewegungen vorstellbar, die sich gegen eine militärische Intervention in Venezuela stellen oder gegen die rechte Regierung in Brasilien.

Der Kampf gegen palästinensische Organisationen stellte daher einen Teil des Kampfes gegen die gesamte internationale Linke dar.

Daher rufen wir alle internationalistischen Kräfte in der Linken und ArbeiterInnenbewegung auf, sich gemeinsam gegen die Denunziation zu wehren.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen und Bündnisse, wollen unsere Kräfte gegen zukünftige Angriffe von sog. Antideutschen bündeln und gemeinsam allen Ausgrenzungsversuchen entgegentreten.

- Kein Ausschluss internationalistischer, anti-imperialistischer und antizionistischer Kräfte aus linken Bündnissen oder ArbeiterInnenorganisationen!
- Solidarität mit allen linken Gruppierungen oder Einzelpersonen, die wegen ihrer internationalistischen, solidarischen Haltung kriminalisiert, entlassen oder denunziert werden sollen!
- Gemeinsamer Schutz linker Veranstaltungen und Blöcken gegen (angedrohte) physische Angriffe und Provokationen sog. Antideutscher!

Ihren

Diffamierungskampagnen, Ausschlüssen und Verleumdungen setzen wir unsere

internationale Solidarität entgegen! Der Kampf gegen rechts kann erfolgreich

sein, wenn wir anfangen, uns gegen die Spaltungsversuche und Diffamierungen zu

wehren, und gemeinsamen Widerstand organisieren.

## **UnterzeichnerInnen**

[ArbeiterInnenmacht](#)

[BDS Berlin](#)

[BOYCOTT! Supporting the Palestinian BDS Call from Within](#)

[Crisis SOAS](#)

[CUP Berlin](#)

[F.O.R Palestine](#)

[ICAHD – Israeli Committee Against House Demolitions](#)

[League for the Fifth International](#)

[MLPD](#)

[No pasarán Hamburg](#)

[Palästina Komitee Stuttgart](#)

[Red Flag](#)

[REBELL](#)

[REVOLUTION](#)

[Revolutionary Socialist Movement \(RSM\)](#)

[Revolutionäre Internationalistische Organisation](#)

[Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz \(RCIT\)](#)

[Deutschland](#)

[Samidoun Palestinian Prisoner Solidarity Network](#)

[SOAS Palestine Society](#)

Solidaritätskomitee Katalonien Berlin

[Union juive française pour la paix \(UJFP\)](#)

Weitere UnterstützerInnen bei [info@arbeitermacht](mailto:info@arbeitermacht) oder den unterstützenden Gruppen melden